



## **14. Stadtratsprotokoll / 14<sup>e</sup> procès-verbal du Conseil de ville**

**Sitzung vom Mittwoch, 14. Dezember 2016, 18.00 Uhr  
Séance du mercredi 14 décembre 2016 à 18h00**

**Ort: Stadtratssaal in der Burg  
Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg**

---

### **Anwesend / Présents:**

Arnold Marc, Arnold Niels, Augsburger-Brom Dana, Baltzer Niklaus, Beriger Michelle, Bohnenblust Peter, Bord Pascal, Briechle Dennis, Cadetg Leonhard, Dillier Adrian, Diop Mamadou, Fischer Pascal, Frank Lena, Freuler Fritz, Gonzalez Vidal Bassi Glenda, Grupp Christoph, Güdel Martin, Gugger Reto, Güntensperger Nathan, Gurtner-Oesch Sandra, Habegger Markus, Hadorn Werner, Haueter Joël, Hugentobler Yves, Jean-Quartier Caroline, Känzig Urs, Kaufmann Stefan, Kugathas Sakitha, Külling Urs, Leuenberger Bernhard, Molina Franziska, Moser Peter, Ogi Pierre, Paronitti Maurice, Pichard Alain, Pittet Natasha, Rindlisbacher Hugo, Ritter Jeremias, Scherrer Martin, Scheuss Urs, Schneider Sandra, Schor Alfred, Steinmann Alfred, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Thomke Friedrich, Trachsel Alessandro, Wendling Cécile, Wiederkehr Martin, Wiher Max

### **Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):**

Bösch Andreas, Donzé Pantazis Chantal, Gugger Sandra, Hamdaoui Mohamed, Löffel Christian, Morandi Marcel, Sylejmani Ali

### **Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:**

Stadtpräsident Fehr Erich

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Feurer Beat, Némitz Cédric, Schwickert Barbara, Steidle Silvia

### **Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:**

-

### **Vorsitz / Présidence:**

Hadorn Werner, Stadtratspräsident

### **Sekretariat / Secrétariat:**

Klemmer Regula, Ratssekretärin

<b>Affaires traitées / Behandelte Geschäfte</b>	<b>Page/Seite</b>
158. Genehmigung der Traktandenliste .....	561
159. Mitteilungen Stadtratsbüro .....	561
• Abrechnung in der Kompetenz der GPK .....	561
160. 20160170 Mobilitätsmonitoringkonzept Biel.....	561
161. 20160095 Sanierung Parc Café / Grundstück Biel/Bienne-Grundbuchblatt Nr. 10244 / Verpflichtungskredit.....	569
• Ordnungsantrag.....	575
162. 20160285 Erneuerung von 9 Baurechtsverträgen mit gemeinnützigen Wohnbauträgern .....	582
163. 20160288 Projekt Neue Arbeitsplatz-Systeme Biel/Bienne (NASB) / Verpflichtungskredit .....	588
164. Dringliche Interpellation 20160209, Pascal Bord, PRR, "Zu viele Leistungsverträge? Haben Gemeinde- und Stadtrat noch genügend Handlungsspielraum?" .....	591
165. Überparteiliche Motion 20160111, Joël Haueter, SVP, Stefan Kaufmann, FDP, Nathan Güntensperger, GLP, Reto Gugger, BDP, "HRM2-konforme Schuldenbremse für die Stadt Biel".....	592
166. Überparteiliches Postulat 20160112, Nathan Güntensperger, GLP, Niels Arnold, SP, Peter Bohnenblust, FDP, Reto Gugger, BDP, Urs Känczig, Grüne und Joël Haueter, SVP, "Informationsveranstaltungen des Gemeinderates zuerst für den Stadtrat" .....	600
167. Interpellation 20160113, Alain Pichard, GLP, "Einbruchserie in den Bieler Schulen" .....	601
168. Interpellation 20160114, Caroline Jean-Quartier, Fraktion SP, "Projekt "Ensemble", wie viel politische Information und welche Kosten für welche(s) Resultat(e)?" .....	601
169. Interpellation 20160115, Glenda Gonzalez, Fraktion SP, "Verlegung des Flohmarkts ausserhalb der Altstadt, wie verlief der Entscheidungsprozess?"	604
170. Überparteiliches Postulat 20160158, Jeremias Ritter, GLP, Reto Gugger, BDP, Peter Bohnenblust, FDP, "Verkehrssampeln in Randstunden ausschalten" .....	604
171. Interpellation 20160154, Werner Hadorn, SP, "FC Biel" .....	605

**Hadorn Werner, Stadtratspräsident:** Ich begrüße Sie zur heutigen Stadtratssitzung.

### **158. Genehmigung der Traktandenliste**

**Hadorn Werner, Stadtratspräsident:** Zuerst möchte ich Sie über das morgige Stadtratsessen informieren, welches auf dem Schiff stattfindet. Die vorgängige Sitzung wird maximal bis 19.15 Uhr dauern. Anschliessend fährt ein Bus vom Rosiusplatz zur Schiffländte. Für die morgige Sitzung sind ausschliesslich die Verabschiedungen der zwölf ausscheidenden Stadratsmitglieder vorgesehen. Neben den Gemeinderatsgeschäften und den Überträgen möchte ich heute deshalb sicher die folgenden Vorstösse der zu verabschiedenden Stadratsmitglieder behandeln:

- Interpellation 20160113, «Einbruchserie in Bieler Schulen»
- Überparteiliches Postulat 20160158, «Verkehrsampeln in Randstunden ausschalten»
- Interpellation 20160154, «FC Biel»

Wenn nötig, werde ich mir erlauben, diese drei Vorstösse vorzuziehen.

**Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.**

### **159. Mitteilungen Stadtratsbüro**

**Hadorn Werner, Stadtratspräsident:** Wie Ihnen bereits mitgeteilt wurde, bleibt das Ratssekretariat vom 24. Dezember 2016 bis 8. Januar 2017 geschlossen.

### **Abrechnung in der Kompetenz der GPK**

**Klemmer Regula, Ratssekretärin:** Die GPK hat anlässlich ihrer Sitzung vom 8. Dezember 2016 die folgende **Abrechnung** der Direktion Bau, Energie und Umwelt **in eigener Kompetenz und einstimmig genehmigt:**

- 19990039 Verlängerung Silbergasse 3. Etappe / Abrechnung Verpflichtungskredit

### **160. 20160170 Mobilitätsmonitoringkonzept Biel**

**Pittet Natasha, au nom de la Commission de gestion:** La branche Est de l'A5 entre en service très prochainement. Il faudra donc encore parler du thème de la mobilité, des transports et du trafic à Bienne. Le concept de monitoring proposé est important, car il permettra d'obtenir des données fiables et indispensables avant l'ouverture de la branche Est de l'A5 et la mise en application des mesures d'accompagnement. Ainsi, il sera possible de mesurer leurs effets et leur efficacité. La CDG salue le fait que des données seront aussi acquises auprès d'autres entités,

notamment auprès de la Confédération. La CDG prend connaissance avec intérêt de ce concept de monitoring de la mobilité de Bienne et se réjouit d'en voir le résultat.

**Scheuss Urs, Fraktion Grüne:** Die Fraktion Grüne dankt der Verwaltung und dem Gemeinderat für den vorliegenden Bericht. Vor fast genau zwei Jahren nahm der Stadtrat das Reglement zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs sowie des öffentlichen Verkehrs an (SGR 761.8). Mit diesem Reglement wird die Städteinitiative, die vor vier Jahren eingereicht wurde, umgesetzt. Städteinitiative und Reglement haben ein klares Ziel: In Zukunft soll in Biel mehr zu Fuss, mit dem Velo oder öV und weniger mit dem Auto verkehrt werden. Das ist gesund, fördert die Lebensqualität und ist natürlich auch umweltfreundlicher. Dazu muss bekannt sein, wie sich die verschiedenen Fortbewegungsarten entwickeln. Es ist auch wichtig zu wissen, wie hoch der Anteil der verschiedenen Verkehrsträger am städtischen Verkehrsmix ist. Leider ist es immer noch so, dass die Städte rund um das Auto geplant und gebaut werden. Der ehemalige französische Präsident Georges Pompidou sagte vor 50 Jahren: *"Man muss die Stadt dem Auto anpassen."* Aber eben, das ist Städtebau- und Verkehrspolitik des letzten Jahrhunderts. Die Verkehrspolitik der Zukunft muss bei den schwächsten Verkehrsteilnehmenden beginnen, also bei den FussgängerInnen und den Velofahrenden. Dass Städteinitiative und Reglement dazu der richtige Weg sind, erkannte vor zwei Jahren übrigens auch Herr Haueter, Stadtratsmitglied der SVP, als er in seinem Votum sagte, dass mit dem Reglement die Gewinner ganz klar der Langsamverkehr und der öV seien. Damit kontrolliert werden kann, ob die Ziele des Reglements erreicht werden, müssen diese messbar sein. Deshalb legt der Gemeinderat nun ein Konzept für ein Mobilitätsmonitoring vor, das ich sehr begrüsse. Ohne die Erhebung der verschiedenen Verkehrsträger wäre das Konzept ein Blindflug. Das sollte verhindert werden. Das Mobilitätsmonitoring soll aufzeigen, ob die gesteckten Ziele erreicht werden. Wenn nicht, müssen entsprechende Massnahmen ergriffen werden. Das Monitoring ist also nötig, um die Wirkung der geplanten Massnahmen beurteilen und nötigenfalls nachbessern zu können. Das Reglement verlangt eine regelmässige Berichterstattung und ein Monitoring ist dafür ein unerlässliches Instrument.

Der Gemeinderat schreibt in seinem Bericht, das Messnetz sei bescheiden. Das ist leider wirklich so. Es ist zudem nicht ausgewogen. Die im Bericht enthaltene Karte zeigt 32 Messstellen für den Autoverkehr, zehn für den Veloverkehr und acht für den Fussverkehr. Für den Fuss- und Veloverkehr sind dies vergleichsweise wenig Messstellen. Für die Fraktion Grüne sieht das eher nach einem Pilotprojekt für die Messung des Fuss- und Veloverkehrs aus. Aber im Bericht wird auch angedeutet, dass das Monitoring ausgebaut werden könnte. Dort steht nämlich: *"Das untergeordnete Netz wird vorerst nicht erhoben."* Dazu habe ich folgende Fragen: Besteht wirklich die Absicht, das Monitoring auszubauen? Wird dann der Velo- und vor allem der Fussverkehr an zahlreicheren Orten erhoben? Aus Sicht der Fraktion Grüne fehlen zur Zeit wichtige und interessante Messorte und -verbindungen, so zum Beispiel die Veloroute See-Länggasse oder die ebenfalls wichtige Veloachse Bahnhofstrasse-Zentralplatz-Oberer Quai sowie generell die Zufahrten in die Innenstadt. Im Bözingenfeld besteht wegen der vielen Arbeitsplätze und dem Pendlerverkehr ein grosses Umsteigepotenzial. Fuss- und Veloverkehr werden dort aber gar nicht erhoben. Lücken hat es auch bei den Strecken nach Brügg und Port sowie den Achsen nach Orpund und Pieterlen.

Wird künftig auch die Anzahl Parkplätze für den motorisierten Individualverkehr (MIV) erhoben? Niemand weiss, wieviele Autoparkplätze es in der Stadt gibt. Ich frage mich ausserdem, wie die Messstellen ausgewählt wurden. Der Bericht enthält eine kurze Herleitung, aber es ist nicht klar, ob und in welchem Bezug die Messstellen zu geplanten Massnahmen stehen. Es geht ja wie gesagt letztlich darum, die Wirkung der Massnahmen beurteilen zu können. Es stellt sich zudem die Frage, wie der erwähnte Mobilitätsbericht aufgebaut werden soll. Dieser müsste ja dann auch etwas zu den Massnahmen aussagen. Im Konzept werden allerdings keine Massnahmen erwähnt. Vielleicht würde dazu ein kurzer Blick in das Inhaltsverzeichnis des Mobilitätsberichts helfen. Um nochmals auf das Reglement zurückzukommen: Art. 9 Abs. 1 verlangt, dass der Gemeinderat dem Stadtrat spätestens alle zwei Jahre über getroffene Massnahmen, deren Umsetzung sowie über die geplante Weiterentwicklung der Massnahmen und die Planung neuer Projekte Bericht erstattet. Die ersten zwei Jahre sind jetzt um. Im Bericht zum Mobilitätsmonitoringkonzept finden sich aber wie gesagt keine Aussagen zu den Massnahmen. Ist das so zu verstehen, dass für die Umsetzung des Reglements noch keine Massnahmen getroffen wurden? Meine Fragen sind zum Teil etwas technischer Art und ich bin durchaus bereit, diese mit der Verwaltung direkt zu klären.

Fazit: der Gemeinderat hat von der Fraktion Grüne die volle Unterstützung für das Konzept und vor allem für dessen Weiterentwicklung. Das Monitoring ist aber noch sehr lückenhaft und meine Fraktion wünschte sich, dass dieses bald ausgebaut, mit einer Wirkungsmessung der Massnahmen ergänzt und der Handlungsbedarf aufgezeigt wird. Die Fraktion Grüne hat den Eindruck, dass die Stadt mit der Umsetzung der Städteinitiative heute weiter sein könnte. Zum Schluss möchte ich an die letzte Stadtratssitzung anknüpfen. Ich kritisierte damals, die bürgerlichen Parteien würden sich zu wenig für die verkehrlich flankierenden Massnahmen zur A5-Umfahrung engagieren. Mit Freude habe ich nun gesehen, dass ein überparteiliches Postulat (PRR, BVP, BDP, CVP, FDP, EVP und EDU) eingereicht wurde, welches den Gemeinderat auffordert, einen Bericht zu den geplanten Massnahmen, dem Zeitplan der Umsetzung und den Kosten vorzulegen. Natürlich werde ich dieses Postulat, wenn es in den Stadtrat kommt, unterstützen.

**Bord Pascal, Groupe FDP/PRR/EVP/EDU:** Le Groupe FDP/PRR/EVP/EDU a beaucoup débattu sur ce thème. Tout d'abord sur sa forme, car on peut remarquer que le projet a été découpé en plusieurs sous-projets, afin que la compétence reste au Conseil municipal. Cette manière de procéder est, selon notre groupe, discutable. De plus, les avis juridiques du Conseil municipal ainsi que ceux des Parlementaires juristes divergent. Je ne souhaite pas me prononcer sur ce sujet, ni provoquer une guerre entre juristes. Il est uniquement regrettable, que le Parlement ne puisse pas se prononcer sur un projet de 1.4 mio. fr. Par politesse, dans une zone grise, il aurait été élégant que le Conseil municipal laisse le Conseil de ville décider, même si cela demande du travail et du temps supplémentaire. Sur le fond, les avis étaient partagés. Certaines personnes pensent pouvoir compter les vélos à moindre coûts et d'autres savent que des données sont nécessaires pour planifier les mesures d'accompagnement de l'autoroute A5. Il est à relever, que des villes ont étudié d'autres méthodes, mais sans succès. Le coût du projet est très important, même s'il n'est pas aussi important que dans d'autres villes. Toutefois, une majorité du Groupe FDP/PRR/EVP/EDU pense qu'une base de décisions solides est nécessaire avant d'investir des millions dans le béton de l'autoroute A5.

**Briechle Dennis, Fraktion GLP:** Dieses Geschäft lässt einen erstmal etwas ratlos zurück. Der Gemeinderat lässt ein Konzept zur Kenntnisnahme traktandieren, das nicht in die Zuständigkeit des Stadtrates fällt. Weshalb tut er das? Weil er es als Erfüllung der zweijährlichen Berichterstattung versteht, die das Reglement zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs sowie des öffentlichen Verkehrs fordert. Als Stadtratsmitglied kann ich nun über das vorgelegte Verkehrsmonitoringkonzept referieren oder aber mich über die Berichterstattung enervieren. Ich tue in erster Linie Letzteres. Aus Sicht der Fraktion GLP hat der Gemeinderat den Auftrag, der aus dem vor zwei Jahren erlassenen Reglement zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs sowie des öffentlichen Verkehrs hervorgeht, nicht erfüllt. Dieses Reglement wurde in Erfüllung der zustandegekommenen Städteinitiative, also der Initiative zur Förderung des öffentlichen Verkehrs, des Fuss- und Veloverkehrs, erlassen. Um sicherzustellen, dass dieses Reglement nicht einfach toter Buchstabe bleibt, erteilte der Stadtrat dem Gemeinderat den Auftrag, alle zwei Jahre über die gemachten Fortschritte Bericht zu erstatten. Konkret fordert Art. 9 Abs. 1 des Reglements, dass Bericht erstattet wird über die in den letzten zwei Jahren getroffenen Massnahmen, den Stand der Umsetzung, die geplante Weiterentwicklung der Massnahmen und die Planung neuer Projekte. Das wird mit dem vorliegenden Bericht nicht erfüllt! Das vorgelegte Mobilitätsmonitoringkonzept ist sicherlich ein wichtiges Puzzlestück und in der zeitlichen Abfolge durchaus prioritär, soll es doch noch vor der Eröffnung des A5-Ost-Asts umgesetzt werden, um den Verkehr zu überwachen. Aber es ist eben nur ein Puzzlestück. Darüber hinaus stellt sich die Frage, welche anderen Massnahmen die Stadt in den letzten zwei Jahren zur Förderung des Fuss-, Velo- und öffentlichen Verkehrs getroffen hat, und zwar nicht nur auf der konzeptionellen Ebene, sondern ganz konkret. Dazu gibt der Bericht keine Auskunft. Hat die Stadt nichts umgesetzt? Wohlwollend betrachtet könnte doch durchaus über das Eine oder Andere Bericht erstattet werden, zum Beispiel über die Neugestaltung der Seevorstadt mit dem neuen, nordseitigen Trottoir und der Verbreiterung für die Velofahrenden, über das wachsende Velospot-Netz, das nun langsam wieder in die Gänge kommt oder über die Arbeiten am neuen Buskonzept, das eine Angebotsverbesserung vorsieht. Skeptisch stellt sich die Fraktion GLP somit die Frage, was die Stadt in den letzten zwei Jahren konkret zur Umsetzung des Reglements zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs sowie des öffentlichen Verkehrs unternommen hat. Hat die Erarbeitung des Mobilitätsmonitoringkonzepts zwei Jahre in Anspruch genommen? Die Stadt leistet sich doch eine Fachstelle zur Förderung des Langsamverkehrs, die genau mit diesen Aufgaben betraut ist. Welche Projekte und Massnahmen hat sie in den letzten zwei Jahren veranlasst? Zudem besteht eine Spezialfinanzierung "sicherer Langsamverkehr" (SGR 761.94). Der Bestand dieser Spezialfinanzierung liegt bei CHF 3,8 Mio. und ist seit Ende 2012 unverändert. Zu was dient diese Spezialfinanzierung eigentlich?

Fazit: Die Fraktion GLP begrüsst das nun vorgelegte Mobilitätsmonitoringkonzept. Es ist ein wichtiges Puzzlestück der städtischen Verkehrspolitik. Der Nachvollzug von Auswirkungen aufgrund der Eröffnung des A5-Ostasts und der dazugehörigen verkehrlich flankierenden Massnahmen sowie aller sich daraus ergebenden weiteren Massnahmen für das städtische Verkehrsnetz ist ein wichtiges Anliegen der Städteinitiative. Angesichts der in Biel zurzeit schwierigen Umstände findet die Fraktion GLP, dass das Konzept alles in allem einen sinnvollen und massvollen Umfang aufweist. Fazit ist aber auch, dass das Mobilitätsmonitoringkonzept in keiner Art und Weise den Berichterstattungsauftrag aus dem Reglement zur Förderung des

Fuss- und Veloverkehrs sowie des öffentlichen Verkehrs erfüllt. Die Fraktion GLP erwartet vom Gemeinderat in zwei Jahren eine breite Berichterstattung über die in diesem Zeitraum getroffenen Massnahmen, die auch einen Ausblick auf die Zukunft erlaubt. Sie hofft, dass der Stadtrat dazumal nicht nur über Konzepte, sondern auch über ganz konkrete Massnahmen für FussgängerInnen und Velofahrende informiert wird.

**Güdel Martin, Fraktion SVP/Die Eidgenossen:** Ich möchte für diesen etwas langen Bericht danken. Mir ist bewusst, dass sich wohl einige darüber aufgeregt hätten, wenn er auf fünf Seiten gekürzt worden wäre. Von mir aus gesehen wäre das aber gut möglich gewesen, denn Vieles wiederholt sich. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen begrüsst es, dass über den Gartenzaun geschaut wird, was andere Städte Schlaues machen. Im Bericht wird ein Tool zur Bewirtschaftung der gewonnenen Daten erwähnt. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen hofft, dass die Stadt nicht wieder etwas Eigenes entwickelt, sondern auf etwas Bestehendes zurückgreift. Der Bericht spricht auch von Immissionsmessungen: Es wäre interessant zu erfahren, wie diese erfolgen sollen.

**Baltzer Niklaus, Fraktion SP:** Die Fraktion SP nimmt das Mobilitätsmonitoringkonzept wohlwollend zur Kenntnis. Es wurde zum Teil bereits sehr detailliert umgesetzt und die Messstationen sind im beiliegenden Plan bereits genau eingezeichnet. Wenn dieser Plan die Situation bei Projektstart vorgibt, geht das in Ordnung. Sollte er aber die Endsituation aufzeigen, wäre dies weniger gut, denn das Projekt muss flexibel umgesetzt werden können. Es geht um Verkehrslenkung. Das bedeutet aber auch, dass der heutige Verkehrsverlauf nicht sakrosankt ist und die Möglichkeit gegeben sein muss, diesen umzulenken. Das dürfte dazu führen, dass heute verkehrsarme Gebiete vielleicht schon morgen mehr Verkehr hinnehmen müssen und umgekehrt. Aus diesem Grund müssen auch die Messstellen umplatziert werden können. Diese Flexibilität ist wichtig. Ich gehe davon aus, dass das Konzept in diesem Sinn umgesetzt werden soll. Dann finde ich es ein gutes Instrument für die Verkehrsplanung.

**Sutter Andreas, Fraktion BVP/CVP/BDP:** Grundsätzlich hat die Fraktion BVP/CVP/BDP nichts dagegen, wenn das Mobilitätsmonitoringkonzept wie vorliegend geplant umgesetzt wird, insbesondere, weil es eine gewisse Vergleichbarkeit mit anderen Städten erlauben wird. Sicher können wesentliche Erkenntnisse daraus abgeleitet werden. Ich denke dabei beispielsweise an den zentralen Faktor Modalsplit zwischen dem öffentlichen Verkehr und dem motorisierten Individualverkehr. Leider können aus diesen Erkenntnissen aber wohl keine Vorgaben für die Verkehrsplanung abgeleitet werden. Nach der Entwicklung des Mobilitätsmonitoringkonzepts haben sich wesentliche Probleme bei der Verkehrsplanung verändert, so beispielsweise beim Güterverkehr im weitesten Sinn, der vom Mobilitätsmonitoringkonzept gar nicht separat erfasst wird. Im Zusammenhang mit dem A5-Westast und der Nationalstrassenplanung ist immer wieder die Rede von der Belastung des städtischen Strassennetzes durch den Durchgangs- und Schwerverkehr und davon, wie dieser andere Verkehrsträger wie den Velo- und Fussverkehr beeinflusst. Auch der Kleingüterverkehr, also beispielsweise Kehrlichfahrzeuge, die Post oder Handwerkerfahrzeuge, werden nicht erfasst. An den Messstellen werden lediglich Autoachsen gezählt, was nicht unbedingt aussagekräftig ist. Die mit dem Mobilitätsmonitoringkonzept erhobenen Daten werden es kaum erlauben, ein

Verkehrskonzept zu erarbeiten. Ein Velo ist auch nicht mehr einfach ein Velo. Unterdessen gibt es ja motorisierte Velos, bei welchen sich in der Verkehrsplanung nicht unbedingt die gleichen Probleme ergeben wie für die nicht motorisierten Velos. Auch das wird im Monitoringkonzept nicht erfasst. Eine Verkehrsplanung im Innenstadtbereich macht nur unter Berücksichtigung solcher Erkenntnisse Sinn. Das vom Stadtrat heute zur Kenntnis zu nehmende Konzept berücksichtigt die Verkehrskomplexität für künftige Verkehrsplanungen nicht.

**Bohnenblust Peter, FDP:** Unser Fraktionssprecher hat das Wichtigste gesagt. Trotzdem möchte ich noch ergänzen, dass der Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU das Mobilitätsmonitoringkonzept und die Verkehrszählung wichtig sind. Es ist ihr aber auch wichtig, die Schwächsten nicht zu vergessen, nämlich kranke und ältere Personen. Diese werden im Konzept nicht erfasst. Zudem fehlt der Fraktion ein Hinweis auf die entstehenden Kosten oder auf die Investitionsplanung (IVP). Eine Beurteilung ist deshalb kaum möglich. Ich gehe davon aus, dass das Konzept in der IVP auf Seite 9 unter den Punkt "Verkehrszählung" fällt, für welchen CHF 1 Mio., verteilt auf drei Jahre, sowie Projektierungskosten von CHF 250'000 vorgesehen sind. Ich fragte nach, ob damit die Grundsätze der Einheit der Materie sowie des Trennungsverbotes eingehalten werden. Der Gemeinderat bejaht dies. Gestern stellte ich noch eine weitere Frage, die mir noch nicht beantwortet wurde. Ich bleibe dran. Falls die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU mit der Antwort nicht einverstanden ist, wird allenfalls ein Vorstoss eingereicht oder bei der Aufsichtsbehörde nachgefragt. Wie gesagt, findet es die Fraktion richtig, dass etwas unternommen wird. Sie fragt sich aber, ob die Finanzkompetenzen eingehalten sind. Noch ein kleiner Hinweis: Auf Seite 7 des Berichts werden die Messstellen zum motorisierten Verkehr ausgewiesen. Es gilt dabei daran zu denken, dass dies nicht nur den motorisierten Individualverkehr (MIV) betrifft, sondern auch den übrigen Verkehr wie Lastwagen. Motorisierter Verkehr ist nicht mit dem MIV gleichzusetzen!

**Tennenbaum Ruth, Passerelle:** Ich danke dem Gemeinderat für das vorliegende Konzept. Mir ging es ähnlich wie Herrn Briechle. Nach der Lektüre fragte ich mich, ob es sich um einen Bericht oder um ein Konzept handelt. Auch mir fehlte die alle zwei Jahre zu erstellende Berichterstattung gemäss Reglement zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs sowie des öffentlichen Verkehrs. Ich bedaure, dass diese weggelassen wurde. Der Stadtrat sollte aber jetzt nach vorne schauen. Die wichtigsten Kritikpunkte wurden genannt. Nun sollte das Konzept umgesetzt werden. Ich bedaure, dass es im Vergleich zu anderen Städten relativ wenige Messstellen enthält. Vielleicht kann das Konzept ja noch angepasst und verbessert werden, sobald entsprechende Erfahrungen vorliegen.

**Fehr Erich, Stadtpräsident:** Ein Mobilitätsmonitoringkonzept dient nicht nur der Verkehrszählung. Von mir aus gesehen entstand in der Debatte eine Vermischung zwischen dem breit angelegten Monitoring und der rein operativen Zählung. Frau Tennenbaum, vorliegend handelt es sich um einen Bericht über ein Konzept. Ich gehe davon aus, dass das Mobilitätsmonitoring für all jene interessant ist, welche die Städteinitiative umsetzen wollen, denn aus diesem werden Begleitmassnahmen abgeleitet. Natürlich kann man über den Umfang solcher Berichte verschiedener Meinung sein. Für Herrn Güdel ist er zu lang, für andere behandelt er nicht die richtigen Themen. Herr Briechle wiederum scheint die verkehrlich flankierenden Massnahmen (vfM) bestens zu kennen, diese sind allgemein bekannt. Ich frage mich



deshalb schon, ob es tatsächlich sinnvoll gewesen wäre, nochmals eine Liste über alle bereits bekannten Massnahmen zu erstellen. Der Gemeinderat fand, er wolle den Stadtrat nur über das neue Element Mobilitätsmonitoringkonzept informieren, weil es einen Mehrwert bringt. Herr Briechle erwähnte aber richtig, dass das Projekt Seevorstadt realisiert und das Velospot-Netz erweitert wurde. Andere Massnahmen sind noch in der Pipeline. Die Schüssinsel ist zum Beispiel noch nicht fertig gebaut. Die darauf geplanten Langsamverkehrsrouten sind ein ganz wichtiges Element der städtischen Verkehrsplanung. Das Angebotskonzept 2018-2021 des öffentlichen Verkehrs ist meines Wissens bei den kantonalen Direktionen in der Vernehmlassung. Der Gemeinderat hat sich dafür eingesetzt. Ob es aber das Mitberichtsverfahren bei der kantonalen Finanzdirektion und die Grossratsdebatte unbeschadet übersteht, weiss heute noch niemand. Deshalb ist jetzt nicht der richtige Zeitpunkt, um im Detail darüber zu informieren. Herr Sutter, selbstverständlich erfolgt die Verkehrsplanung nicht allein aufgrund der angestrebten Messungen. Sie sind aber ein Indiz. Wird zum Beispiel festgestellt, dass sich gewisse Massnahmen schon rein aufgrund des Verkehrsaufkommens nicht wie gewünscht auswirken, muss genauer hingeschaut werden. Das ist kein Widerspruch. Die Messungen bilden eine erste Grundlage für weitergehende Massnahmen. Herrn Bohnenblust fehlen im Mobilitätskonzept offenbar Überlegungen zu kranken und älteren Personen. Ich weiss nicht genau, was er damit meint, vielleicht Personen, die auf Rollstühle und Rollatoren angewiesen sind? Sie fallen mengenmässig nicht ins Gewicht. Natürlich ist es aber so, dass sich auch Personen mit eingeschränkter Mobilität gut bewegen können sollen. Darauf ist aber eher bei der Umsetzung von Infrastrukturprojekten zu achten. Sie erinnern sich sicher an die Debatte rund um den Bahnhofplatz. Damals gab es grosse Widersprüche zwischen den Bedürfnissen von Rollstuhlfahrenden und Blinden. Die einen brauchen mit dem Blindenstock ertastbare Trottoirränder, die anderen wollen keine mit dem Rollstuhl unüberwindbare Trottoirränder. Es müssen Kompromisse eingegangen werden. Ich glaube aber nicht, dass diese Problematik beim Mobilitätsmonitoring ins Gewicht fällt. Vermutlich können trotz entsprechender Massnahmen nur wenige Behinderte dazu gebracht werden, vom Auto auf den öV umzusteigen. Andere Zielgruppen dürften ein mengenmässig grösseres Potenzial aufweisen. Es sind also gewisse Prioritäten zu setzen.

Herr Bohnenblust warf die Frage auf, ob für das Mobilitätsmonitoring ein oder mehrere Kredite nötig sind. Der Gemeinderat hat diese Frage geprüft und kam zum Schluss, dass keine Grauzone vorliegt. Er hat korrekt gehandelt, was das Parlament gerne überprüfen kann. Herr Güdel, das Bewirtschaftungstool wird auf Basis Office erstellt. Es ist also etwas sehr Simple. Sicher wird es für Biel die eine oder andere kleine Anpassung brauchen. Bezüglich Immissionen weiss ich nicht genau, was Sie, Herr Güdel, gemeint haben. Vermutlich handelt es sich um ein Missverständnis. Der Gemeinderat meinte Verkehrsimmissionen, Sie aber gingen wahrscheinlich von der Luftbelastung aus. Die Luftbelastung ist nicht Gegenstand des vorliegenden Dossiers. Nimmt der motorisierte Individualverkehr ab, kann auch ohne wissenschaftliche Abklärungen davon ausgegangen werden, dass sich die Luftqualität verbessert. Herr Briechle fragte, was die Fachstelle Langsamverkehr macht. Dazu Folgendes: In Biel gibt es für die meisten Funktionen keine Stellvertretung. Die Stelleninhaberin der Fachstelle Langsamverkehr wurde Mutter, weshalb die Fachstelle zeitweise nicht besetzt war. Trotzdem konnte das Mobilitätsmonitoringkonzept fristgerecht erstellt werden. Das finde ich eine tolle Leistung. Inzwischen ist die Stelle neu besetzt, denn die ursprüngliche Stelleninhaberin hat ihre Arbeit nach dem Mutterschaftsurlaub nicht

wieder aufgenommen. Das ist in einer schlanken Verwaltung halt so... Die unterschwellig geäusserte Kritik finde ich im Namen derjenigen, die am Mobilitätsmonitoringkonzept mitgearbeitet haben, weder gerechtfertigt noch motivierend. Nächstes Jahr soll die Fachstelle Langsamverkehr verstärkt werden, damit in Zukunft planerisch mehr erreicht werden kann. Deshalb verstehe ich Herrn Briechles Ratlosigkeit nicht ganz. Damit habe ich die Einzelfragen mehr oder weniger beantwortet.

Herr Scheuss hat mir seine Fragen vorgängig zugestellt. Ich werde nicht auf alle eingehen, bin aber froh, dass er sich anboten hat, noch persönlich bei der Stadtplanung vorbei zu schauen. Zum Teil müsste ich Ihnen zur Beantwortung der Fragen Listen vorlesen, was für eine Stadtratsdebatte nicht sehr glücklich ist. Wichtig finde ich aber festzuhalten, dass ganz viele Massnahmen in separate Geschäfte verpackt sind. Alle Aspekte der vfM sind für die Umsetzung der Städteinitiative massgebend. Aber auch Einzelprojekte wie die Schüssinsel oder der bereits realisierte Seeuferweg sind wichtige Bestandteile. Auch der Bahnhofplatz wäre ein solches Puzzleteil gewesen, er wird nach dem Volksnein nur einfach nicht realisiert. Jedenfalls gibt es keinen separaten Massnahmenplan zur Städteinitiative. Vielmehr wird die Städteinitiative über unzählige, primär infrastrukturelle Projekte umgesetzt.

Herr Scheuss sagte, das Messnetz des Mobilitätsmonitoringkonzepts sei bescheiden. Die im Bericht aufgezeigten Messpunkte sind erst der Anfang. Damit stellt sich wieder einmal die Frage nach dem halbvollen oder halbleeren Glas. Ich finde, das vorliegende Konzept ist typisch bielerisch. Es ist pragmatisch und versucht, Redundanzen mit den Messungen des Bundesamts für Strassen oder des Kantons zu vermeiden. Diese Messungen sollen vielmehr in das Konzept aufgenommen werden. Jetzt gilt es erst einmal anzufangen. Die Städte, die zu einem Vergleich herangezogen werden sollen, haben damit zum Teil schon vor 30 oder 40 Jahren begonnen. Diesen Rückstand kann die Stadt Biel aus finanziellen und personellen Gründen nicht über Nacht aufholen. Die meisten dieser Städte erhielten auch ihre Autobahnumfahrungen viel früher. Ein grosser Teil der vfM hängen mit der Autobahn zusammen. Wo es keine Umfahrung gibt, gibt es auch keinen Grund, die Wirksamkeit der vfM zu messen. Deshalb finde ich den verwendeten Begriff "Pilotprojekt" doch etwas abwertend. Ich würde dem Projekt eher "Keimzelle" sagen, denn daraus kann etwas Grösseres entstehen. Eine Weiterentwicklung sowohl in Richtung Outcome als auch in Richtung Impact ist angedacht. Diese Entwicklung entsteht aufgrund neuer Bedürfnisse oder Informationen, aber auch aufgrund städtebaulicher Massnahmen wie neuen Quartieren oder Verkehrswegen. Das Konzept wurde von Fachleuten ausgearbeitet. Ich erlaube mir nicht zu sagen, es enthalte zu wenig Messstellen oder diese stünden am falschen Ort. Die Fachleute haben sich dabei etwas überlegt. Die Idee war, rund um die Stadt einen Ring zu legen, so dass keine Flanke offen liegt. Selbstverständlich kann immer noch ein Strässchen mehr einbezogen werden. Es fragt sich aber, ob sich Zählungen an Orten mit wenig Verkehrsaufkommen massgeblich auf das Gesamtbild auswirken. Der Gemeinderat vertraut den Fachleuten, weshalb ich nun nicht versuchen werde, die eine oder andere Messstelle zu verteidigen oder Herrn Scheuss' Aussagen zu kommentieren. Herr Scheuss sagte auch, die Messstellen seien ungleich verteilt, weil es mehr für den MIV und weniger für den Langsamverkehr hat. Das liegt aber in der Natur der Sache. Es soll die Wirksamkeit der vfM aufgrund des A5-Ostasts gemessen werden. Das Ziel besteht darin, die anliegenden Quartiere und Strassen vom motorisierten Verkehr zu

entlasten. Dadurch liegt der Fokus der Messungen naturgemäss auf dem MIV. Es soll überprüft werden, ob die Mengenplafonierung eingehalten und die Verlagerung auf das übergeordnete Strassennetz tatsächlich erfolgt. Eigentlich hätte ein separates, stark auf Drittdaten basierendes Mobilitätsmonitoring zur Umsetzung der Städteinitiative vorgesehen werden können. Bezüglich vfM für den Ostast wäre dann nur noch eine Verkehrszählung nötig gewesen. Der Gemeinderat fand aber, diese beiden Messungen parallel und unabhängig voneinander durchzuführen, sei nicht sinnvoll, denn es gibt gegenseitige Synergien. Da die vfM aber vor allem Massnahmen im Zusammenhang mit der Autobahn zum Ziel haben, liegt der Schwerpunkt nun beim MIV. Die Feststellung, dass heute niemand genau weiss, wieviele Autoparkplätze es in Biel gibt, ist richtig. Es ist aber nichts Neues, dass man in der Schweiz am besten über die Landwirtschaft Bescheid weiss. So ist bekannt, wieviele trüchtige Kühe und wieviele subventionierte Ziegen es im Land gibt. Anderes wird weniger gut gezählt. Gemeinderat und Baudirektion stellen aber entsprechende Überlegungen zu einem Parkplatzinventar an. Es fragt sich allerdings, welcher Aufwand dafür betrieben werden soll und was dieses zum Ziel haben soll. Für die Umsetzung der Städteinitiative dürfte die Frage nach der Anzahl Parkplätze aber nicht die wichtigste sein. Zum Schluss danke ich für die grundsätzlich gute Aufnahme des Geschäfts. Es ist ein wichtiger Schritt, um den Wirkungsnachweis der Massnahmen für die Umsetzung der Städteinitiative zu erbringen. Das ist das Anliegen des Gemeinderats.

### **Der Stadtrat nimmt das Mobilitätsmonitoringkonzept Biel zur Kenntnis.**

#### **161. 20160095 Sanierung Parc Café / Grundstück Biel/Bienne-Grundbuchblatt Nr. 10244 / Verpflichtungskredit**

**Pittet Natasha, au nom de la Commission de gestion:** Le Parc Café, situé juste à côté de la place de jeux au bord du lac, est connue de tous et personne ne niera qu'il devenait de moins en moins attrayant. Ce bâtiment du patrimoine financier de la Ville de Bienne a été construit en 1999. La résiliation du bail à ferme par l'exploitant, en octobre 2015, fournit l'occasion et la nécessité de rénover le Parc Café. L'exploitation sera reprise par la société Gastro Lac de Bienne S.A., mais le Conseil de Ville n'a pas à se positionner ni sur le contrat ni sur l'exploitant. Le Conseil municipal propose au Conseil de Ville des frais de rénovation de 1'418'000 fr. pour des travaux qui devraient débuter en janvier 2017 déjà, afin de permettre la réouverture du Parc Café avant les beaux jours. La CDG a posé plusieurs questions au Conseil municipal sur ce dossier, que je vais résumer ci-après. En premier lieu, la CDG s'est demandée s'il était possible de continuer une exploitation du Parc Café, sans rénovation. Le Conseil municipal a répondu par la négative et deux variantes de travaux sont proposées dans le rapport soumis au Conseil de Ville. La variante 1 (CFC (code des frais de construction) 1 et 2 et une partie du CFC 5) à la page 7 du rapport, qui représente les travaux absolument nécessaires pour continuer l'exploitation est estimée à environ 1 mio. fr. La variante 2 (CFC 3 et 4 et une partie du CFC 5) contient les travaux qui permettent d'améliorer le concept. Les honoraires se montent ici à 22% du total, ce qui paraît à la CDG un peu élevé. Il semblerait, que dans la restauration ce type de montant est usuel, car les architectes doivent travailler plus en détails sur les

concepts de ventilations, par exemple. Une rénovation si lourde reste tout de même étonnante pour un bâtiment, qui est âgé de seulement 18 ans. Des travaux de 1.4 mio. fr. sur un bâtiment, qui a une valeur équivalente, ne représentent pas que du cosmétique. On peut se demander, si les choix opérés à l'époque étaient trop bons marché. La construction avait coûté environ 2 mio. fr. et la valeur est aujourd'hui de 2.2. mio. fr. sous MCH1 (Modèle comptable harmonisé). La CDG aimerait savoir comment est répartie cette valeur entre le terrain et le bâtiment.

Le chantier de l'autoroute A5 va certainement poser un problème pour l'exploitation de ce bâtiment d'ici cinq ans, car il se trouvera à proximité. De ce fait, la CDG a souhaité savoir s'il était possible de garantir, aujourd'hui, que le gérant reste après la fin de son bail, qui se termine en 2022. En effet, même si le loyer promis dépend du chiffre d'affaire, il y a quand même un loyer minimum garanti de 49'000 fr. Dans le cas où le Parc Café ne serait plus fréquenté à cause du chantier, comment serait-il possible de s'assurer que le bailleur signe un nouveau contrat de bail, si son chiffre d'affaire a de la peine à atteindre un montant suffisant pour payer ce loyer? La Direction des finances a répondu que l'alternative serait de raser le bâtiment ou de le laisser à l'abandon. À notre avis, cette alternative n'est pas très réfléchie si on pense que la valeur de ce bien est, à l'heure actuelle, de 2.2. mio. fr. selon MCH1 ou 1.4 mio. selon MCH2. Malgré ces questions et grâce aux réponses en partie données, la CDG demande au Conseil de Ville d'accepter ce crédit d'engagement de 1'418'000 fr., tout en regrettant que cette affaire soit présentée dans la précipitation. Il est à rappeler, que les adjudications des travaux doivent avoir lieu demain. La CDG souhaite, à l'avenir, pouvoir décider plus sereinement.

**Gurtner-Oesch Sandra, Fraktion GLP: Die Fraktion GLP beantragt, das vorliegende Geschäft zurückzuweisen.** Zwar hätten alle Fraktionsmitglieder am Strandboden gerne ein gutes, funktionierendes Café. Was ist aber gut und funktionierend? Alle haben ihre eigenen Vorstellungen für dieses Café. Es fragt sich nun, ob all diese Ideen in ein einziges Gastrokonzept passen. Wohl nicht... Deshalb lässt die Fraktion GLP die Hände von dieser Frage. Es fragt sich zudem, ob der Bielersee-Gastro AG zugetraut werden darf, das Café wirtschaftlich sinnvoll zu betreiben. Bestimmt haben alle Erfahrungen mit dem Restaurant Joran oder mit der Gastronomie auf den Schiffen gemacht. Aber auch dieser Frage will die Fraktion GLP nicht nachgehen. Spannender ist die Frage, ob das Café ohne Produktionsküche funktionieren kann. Was passiert mit diesem Café ohne Produktionsküche, wenn der heutige Pächter kündigt? Wird dann ein neuer Pächter gesucht und eine Küche eingebaut? Wohl kaum... Deshalb muss heute zur Kenntnis genommen werden, dass sich die Stadt mit dem Weglassen der Produktionsküche in eine Abhängigkeit von der Bielersee-Gastro AG begibt. Wollen wir das? Aber auch das ist nicht der Grund für unseren Rückweisungsantrag. Grund ist auch nicht, dass der Stadtrat heute über bereits ausgeschriebene Arbeiten (sie sollen morgen vergeben werden) entscheiden muss. Das ist ja schon fast "Business as usual", denn der Stadtrat erhält die Geschäfte ja immer zu spät.. "Business as usual" sollte aber nicht bedeuten, dass Biel unwirtschaftlich rechnet. Die Zahlen im Geschäft sind unübersichtlich dargestellt. Werden sie zusammengetragen, sprechen sie eine deutliche Sprache. Selbst wenn die gemachten Prognosen eintreffen sollten, macht die Stadt jährlich einen kalkulatorischen Verlust von zwischen CHF 20'000 und CHF 50'000. Die Stadt will für 20 Jahre investieren. Sie können sich selber ausrechnen, was das ausmacht. Das Gebäude hat Baujahr 1999 und verfügt gemäss Stadtratsunterlagen über eine gute

Bausubstanz. Im heutigen Zustand soll es aber nicht mehr nutzbar sein. Die Fraktion GLP zweifelt an dieser Aussage. Es wurden nie Abschreibungen getätigt. Deshalb belief sich der Buchwert nach HRM1 auf CHF 2,3 Mio. Dank HRM2 konnte er auf CHF 1,4 Mio. verringert werden, was die Rentabilität etwas verbessert. Nun soll also nochmals in der Höhe des heutigen Buchwerts in das Gebäude investiert werden. Es kann gerechnet werden, wie man will, heraus kommt nie eine kalkulatorische schwarze Null. Eine solche braucht die Stadt aber, denn ansonsten sind die intensiven Spardebatten des Stadtrates im Rahmen der nachhaltigen Haushaltsanierung (NHS) schwierig zu verstehen. Ich erinnere daran, dass der Stadtrat über die Abschaffung der Skilager oder weniger Reinigungsaufwand in den Aussenquartieren debattiert hat. Nun soll dieses Geschäft aber so aufgelegt werden, dass die Stadt jährlich draufzahlen müsste. Wollen wir wirklich an dieser guten Lage ein Café subventionieren? Ich gehe davon aus, dass die Stadt den Gürtel nach wie vor enger schnallen muss. Verstehen Sie mich nicht falsch: Auch die Mitglieder der Fraktion GLP möchten am Strandboden ein hübsches Café. Dieses darf für die Stadt aber kein finanzielles Negativgeschäft darstellen. Die Alternative ist bekannt: Alle kennen Institutionen, die dieses Geld bitter nötig hätten... Im Vorfeld zur heutigen Stadtratssitzung wurde mir gesagt, mit Herrn Güntensperger hätte die Fraktion GLP ein Mitglied, das mit seinem Betrieb in direkter Konkurrenz zum Parc Café am Strandboden stehe. Deshalb ist die Fraktion GLP aber nicht mehr befangen als andere Fraktionen bei anderen Geschäften. Ich denke dabei an die Fraktion Grüne bei den Wohnbaugenossenschaften oder an die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU beim Schachfestival oder der Stadtbibliothek. Ich könnte weitere Institutionen aufzählen. Die Fraktion GLP hat aus sachlichen Gründen einen Rückweisungsantrag beschlossen. Sie ist überzeugt davon, dass Konkurrenz einem Betrieb gut tut und dass Wettbewerb belebend wirkt. Das gilt auch für Herrn Güntensperger. Ich hoffe auf Ihre Unterstützung.

**Baltzer Niklaus, SP:** Ich habe nicht ganz begriffen, welche wesentlichen Verbesserungen des Geschäfts mittels einer Rückweisung erreicht werden könnten. Natürlich kann darüber diskutiert werden, ob es besser ist, mit mehr Umsatz zu rechnen. Ich glaube, die Bevölkerung möchte auch im nächsten Sommer am See Kaffee trinken können und ich finde das vorliegende Konzept deshalb auch diskussionswürdig. Diese Debatte sollte geführt, nicht das Geschäft einfach zurückgewiesen werden.

**Bord Pascal, Groupe FDP/PRR/EVP/EDU:** Le projet est intéressant car il va permettre d'exploiter un objet du patrimoine financier et d'en obtenir un rendement. Il est toutefois compréhensible, que l'on s'interroge sur une réalisation de ce projet avant la fin des travaux de l'A5. Un point de restauration à cet endroit est nécessaire et cela déjà pour l'été 2017. La majorité du Groupe FDP/PRR/EVP/EDU soutient ce projet et refuse son renvoi.

**Grupp Christoph, Fraktion Grüne:** Die Fraktion Grüne unterstützt den Rückweisungsantrag nicht, denn damit ginge viel Zeit verloren. Zudem findet die Fraktion Grüne, dass eine Rückweisung aufgrund der im Rückweisungsantrag erwähnten Gründe keinen Sinn macht. Für einen substantiellen Rückweisungsantrag müssten wahrscheinlich noch weitere Punkte berücksichtigt werden. Die Zahlen sind bekannt, auch wenn sie schlecht nachvollziehbar sind. Es ist schwierig zu sagen, ob die marktüblichen Zinsen in einer zweiten Vorlage besser erläutert werden könnten.

Bei einem zeitlichen Aufschub erachtet die Fraktion Grüne den momentanen Buchwert von CHF 1,4 Mio. als gefährdet. Deshalb ist sie gegen eine Rückweisung und wird das Projekt mehrheitlich unterstützen.

**Haueter Joël, Fraktion SVP/Die Eidgenossen:** Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen wird den Rückweisungsantrag unterstützen, und zwar primär, weil sie gegen städtische Subventionen für private Restaurantbetreibende ist. Frau Gurtner-Oesch sagte, der kalkulatorische Verlust betrage CHF 20'000 bis CHF 50'000 pro Jahr. Angesichts der Investitionen von CHF 1,4 Mio. und einer Abschreibungsdauer von 20 Jahren müssten zudem jährlich CHF 70'000 abgeschrieben werden. Genau diesen Betrag würde die Stadt auch als Pachtzins erhalten, soweit alles optimal läuft. Der bauliche Unterhalt wird im Geschäft mit CHF 14'000 pro Jahr ausgewiesen, was der Fraktion SVP/Die Eidgenossen zu tief erscheint. Es ist klar, dass es sich um ein Negativgeschäft handelt. Der Stadtrat muss sich schon überlegen, ob die Stadt in der Lage ist, private Institutionen mit einem klaren Renditezweck zu unterstützen. Klar dient das Café auch dazu, die städtische Lebensqualität zu erhöhen. Aus Sicht unserer Fraktion ist dies aber nicht Auftrag der Stadt. Herr Grupp erwähnte die marktüblichen Zinsen. Man muss kein Mathegenie sein um zu wissen, dass ein Zins von CHF 70'000 bis CHF 84'000 pro Jahr nicht marktüblich ist, das kann einfach nicht rentieren. Welcher Investor vergibt schon ein Restaurant zu einem Zins, der schlichtweg nicht rentiert?

**Kaufmann Stefan, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU:** Der Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU lag anlässlich der Fraktionssitzung ein anderer Rückweisungsantrag vor. Ihre Haltung zu diesem war sehr gespalten und sie beschloss Stimmfreigabe. Heute liegt ein überarbeiteter Rückweisungsantrag vor und es muss überdacht werden, ob dieser nicht unterstützt werden sollte. Es wurde gesagt, die Stadt könne es sich nicht leisten, das Parc Café wie im Geschäft ausgeführt zu betreiben. Verliert die Stadt damit Geld, ist das eine falsche Investition. Vernünftigerweise kann der Rückweisungsantrag somit nur unterstützt werden.

**Güntensperger Nathan, GLP:** Eigentlich wollte ich zum eigentlichen Geschäft sprechen. Ich halte mein Votum nun trotzdem, weil sich vielleicht der eine oder die andere noch etwas dazu überlegt. Ich möchte mich als Gastronom äussern, wohlwissend, dass ich mit meinem Betrieb in Konkurrenz zum Parc Café stehe. Um es klar zu sagen: eigentlich interessiert mich das Parc Café als solches nicht. Ich habe mich auch nicht für dessen Bewirtschaftung beworben, denn ich habe bereits einen Betrieb, der bei schönem Wetter extrem viel Umsatz macht, im Winter aber nur noch einen Bruchteil davon abwirft. Für mich würde ein winterlastiger Betrieb in der Innenstadt oder im Eisstadion mehr Sinn machen. Er würde mir einen stabileren Finanzzufluss und besseren Personaleinsatz ermöglichen. Zudem läuft mein Betrieb gut und ich habe keine Angst vor Konkurrenz. Mir geht es um Grundlegendes: Die im Bericht dargelegte Renditenrechnung geht für mich nicht auf. Mieterträgen von CHF 84'000 stehen Gesamtfolgekosten von CHF 106'000 gegenüber. Auch wenn die Zinsen momentan tiefer liegen als die ausgewiesenen 5%, kann niemand wissen, wie es in zehn oder fünfzehn Jahren aussehen wird. Deshalb muss auch mit 5% gerechnet werden. Umso besser, wenn die Zinsen tiefer bleiben... In der Renditenrechnung nicht enthalten ist die Abschreibung des aktuellen Buchwertes von rund CHF 1,436 Mio. Wird dieser eingerechnet, steigen die Gesamtfolgekosten sogar auf CHF 160'000 pro Jahr. Die Stadt legt kalkulatorisch also rund CHF 75'000 pro

Jahr drauf. Darin nicht eingerechnet sind die Verwaltungskosten wie Versicherungen und Ähnliches. Allein diese dürften sich auf nochmals ungefähr CHF 5'000 belaufen. Wenn die Miete die Folgekosten nicht deckt, ist entweder die Miete respektive der Umsatz zu tief oder die Investition und damit die Folgekosten oder die Abschreibungen zu hoch.

Damit komme ich zum nächsten Punkt: im Bericht lässt der Gemeinderat durchblicken, dass 2035 mit dem voraussichtlichen Ende der Baustelle des A5-Westasts unter Umständen ein neues Gebäude gebaut werden könnte. Das würde bedeuten, dass die Investition für lediglich 18 Jahre getätigt wird. 18 Jahre mal eine Rendite von jährlich CHF 70'000 ergäben lediglich eine Summe von CHF 1,26 Mio., womit nicht einmal die Investition herausgeholt werden könnte, geschweige denn die Zinsen, die Verwaltungskosten und die Abschreibung des aktuellen Buchwertes. Übrigens sind die CHF 140'000 für die Projektierung auch nicht enthalten, auch sie müssten noch einberechnet werden... Das neue Konzept sieht keine Produktionsküche mehr vor. Das Essen muss extern zubereitet und hintransportiert werden und wird faktisch also ähnlich oder gleich sein wie das auf den Schiffen. Ich weiss nicht, wie das funktionieren soll, sollte an einem schönen Frühlingsnachmittag die Post abgehen. Glauben Sie mir, ich weiss wovon ich spreche! Wie hoch die Flexibilität sein wird, wenn nicht spontan reagiert werden kann, ist sehr fraglich. Das wird indirekt auch das Problem der Stadt, denn weniger Umsatz bedeutet weniger Mietertrag. Angenommen, nach fünf Jahren steigt der vorgesehene Pächter aus. Es müsste ein neuer für die Zeit während den Bauarbeiten des A5-Westasts gefunden werden. Was bräuchte dieser neue Pächter? Richtig - eine Produktionsküche! Ich glaube daher nicht, dass sofort wieder jemand gefunden werden könnte, der auf ein Catering in der Nähe zurückgreifen kann. Also wird die Stadt dannzumal erneut Geld in die Hände nehmen müssen, um noch eine Produktionsküche einzubauen. So, wie die Stadt derlei Projekte angeht, könnte diese wiederum CHF 150'000 kosten. Wie um Himmels willen kann man eine Café-Sanierung auf einen auf fünf Jahre befristeten Mietvertrag mit einem Pächter abstützen? Gemäss Bericht ist das Parc Café, das ursprünglich CHF 2,3 Mio. kostete, grundlegend in einem guten Zustand. Warum muss dann bereits nach 18 Jahren CHF eine Mio. in die Sanierung gesteckt werden? Zum Vergleich: die Lago Lodge wurde ein Jahr später gebaut als das Parc Café, und zwar für CHF 2,6 Mio., also CHF 250'000 mehr. Während der 16 Jahre beliefen sich die Unterhalts- und Reparaturkosten auf CHF 365'000, auf 19 Jahre hochgerechnet also auf gut CHF 430'000. Dabei war aufgrund des schmalen Budgets bereits im Voraus bekannt, dass in gewissen Bereichen kein gutes Material verwendet wurde und ein Ersatz relativ rasch notwendig sein dürfte. Trotzdem sind die Unterhalts- und Reparaturarbeiten weit entfernt von CHF einer Mio. Würde das Parc Café mir gehören, würde ich niemals CHF eine Mio. investieren. Erstens, weil es sie nicht braucht, zweitens, weil sich dieser Betrag nicht rechnet. Ich würde das ganze Gebäude einmal reinigen, da und dort nötige Reparaturen vornehmen. Das Inventar würde ich entsorgen und neues kaufen. Dann würde ich alles neu streichen und weiterfahren wie bisher. 2035 könnten dann Nägel mit Köpfen gemacht werden. Das bis dahin abgeschriebene Gebäude könnte mit einem neuen Parc Café ersetzt werden, hoffentlich dann mit einer Regierung, die rechnen kann... Abgesehen davon könnte das Gebäude auch verkauft und ein Baurechtszins verlangt werden. Ich weiss nicht, ob diese Möglichkeit geprüft wurde. Zum Schluss noch eine Bemerkung: der Gemeinderat ist in meinen Augen treuhänderisch verantwortlich für die Verwendung

der Steuergelder. Wenn ich könnte, würde ich im vorliegenden Geschäft den Treuhänder wechseln...

**Arnold Marc, SP:** Ich finde, auf dieses Geschäft sollte eingetreten werden. Die Zahlen werden etwas gar pessimistisch interpretiert. Ich glaube nicht, dass das Parc Café ein Fiasko oder ein grosses Risiko wird. Ich möchte dazu einen Blick in die Vergangenheit werfen. Der Bericht spricht von einem „*bestehenden Snackhäuschen*“. Das ist falsch. 1979 erhielt die damalige Baudirektion den Auftrag, ein Parc Café zu realisieren. Dieses wurde 1980 eingeweiht. Es handelte sich um einen Stahl-Glas-Bau, den die Stadt selber baute. Er sah ähnlich aus wie das heutige Parc Café, das 1999 vom Architekten Mollet gebaut wurde. Mit den knapp 50 Plätzen nahm die Stadt zwischen 1980 und 1998 einen Pachtzins von CHF 2 Mio. ein, wie aus dem Bieler Jahrbuch 1999 hervorgeht. Dies wie gesagt mit nur 50 Plätzen! Die damalige Baudirektion wollte ein grösseres Gebäude, die Liegenschaftsverwaltung und der Pächter wollten die bestehenden 50 Plätze beibehalten. Heute ist die Ausgangslage eine andere. Jetzt hat das Café 130 Plätze und soll gar noch vergrössert werden. Wer schon einmal im Sommer dort war, weiss, dass es sich um eine Goldgrube handelt. (*Unruhe im Saal*) Doch, das ist so! Der im Bericht aufgeführte Pachtzins von CHF 84'000 ist von mir aus gesehen viel zu tief kalkuliert. So schlimm wie Herr Güntensperger sehe ich die ganze Sachlage nicht.

**Tennenbaum Ruth, Passerelle:** Wer mich kennt weiss, dass ich mich immer für eine hohe städtische Lebensqualität und die Aufwertung des öffentlichen Raums einsetze. Trotzdem habe ich über das vorliegende Geschäft nur den Kopf geschüttelt. Es tut mir leid, aber ich kann diese Vorlage nicht unterstützen. CHF 1,4 Mio. sollen in ein Gebäude investiert werden, das in 18 Jahren allenfalls abgerissen werden muss. Das kann doch nicht sein, oder hat die Stadt zuviel Geld? Ich glaube nicht, dass wirklich ein so hoher Betrag investiert werden muss, um das Parc Café funktionstüchtig und sogar sehr rentabel zu betreiben. Zudem weiss noch niemand, wann mit dem Bau des A5-Westasts begonnen und wie die Baustelle aussehen wird. Vielleicht wird es eine Baustellenkantine brauchen, dafür wäre das Parc Café ideal. Der Stadtrat soll heute über ein Geschäft entscheiden, zu welchem er viele Parameter gar nicht kennt. Deshalb werde ich den Rückweisungsantrag unterstützen.

**Gurtner-Oesch Sandra, Fraktion GLP:** Das Votum von Herrn Arnold spricht eigentlich für eine Rückweisung. Ich finde es unlauter, wenn er Mieteinnahmen von 1998 heranzieht. 2007 beispielsweise fielen diese nämlich wesentlich tiefer aus. Zudem: sollte das Parc Café tatsächlich eine Goldgrube sein, gibt es keinen einzigen Grund, weshalb die Stadt alljährlich Geld in diesen Betrieb stecken sollte.

**Steidle Silvia, directrice des finances:** La proposition de renvoi du parti des Verts-libéraux (PVL) est motivée par le réexamen de la rentabilité de l'objet sur l'ensemble du capital investi et du loyer au prix du marché. Il faut savoir, que l'élément de rentabilité a été calculé, que ce soit sur le capital investi (rendement 5%) ou sur l'ensemble du projet (rendement 2.4%), en sachant que la valeur comptable du bien-fonds est de 1.4 mio. fr. Le Conseil municipal est conscient, qu'il s'agit d'une analyse du moment. Le loyer représente donc un pourcentage du chiffre d'affaire. Si le chiffre d'affaire venait à doubler, le rendement suivrait la même courbe. Dans le cas contraire, à savoir l'absence de locataire durant cinq ans, le rendement ne pourrait pas être assuré. Selon les offres reçues pour la location de l'objet, je suis persuadée,



que si la société Gastro Lac de Bienne S.A. ne renouvelerait pas le bail à son terme, il ne serait pas difficile de trouver un nouveau locataire. D'autant plus, si la Ville investit aujourd'hui dans ce bâtiment.

Le second point concerne le loyer accordé au prix du marché, qui relève de la compétence du Conseil municipal. Ce dernier a tenu compte des offres parvenues et le loyer a été fixé à 7% du chiffre d'affaire. Ceci représente un loyer conforme au prix du marché. Le patrimoine financier n'est pas amorti et les rendements sont calculés sur la base d'une dépense unique de 1.4 mio. fr., qui représente 100%. Les rentrées annuelles, de 70'000 fr. minimum, représentent en l'occurrence 5%, c'est un calcul assez simple. Il serait possible d'utiliser d'autres calculs de rentabilité, mais qui présenteraient finalement le même résultat. Comme vous l'avez dit Monsieur Arnold, les rentrées ont été calculées de manière très conservatrice. Le chiffre d'affaire, en 2007, était encore de 1.2 mio. fr. et il n'a pas cessé de baisser depuis cette date. Cela prouve aussi qu'un investissement est aujourd'hui nécessaire. Un renvoi de cet objet, motivé de la sorte, n'amènerait rien de plus et représenterait même une perte financière. Le Conseil municipal ne peut pas assurer, qu'un nouveau locataire sera trouvé, ni que l'actuel locataire prendra le bail avec de telles conditions. De plus, la Ville renonce aux rentrées depuis le 1<sup>er</sup> mai 2016 et cet objet ne peut pas être loué en l'état. Donc, je propose au Conseil de Ville d'entrer en matière et de refuser la demande de renvoi.

### **Ordnungsantrag**

**Augsburger-Brom Dana, Fraktion SP:** Ich stelle einen Ordnungsantrag. Die Version des Rückweisungsantrags, der für die Fraktionssitzung vorlag, lehnte meine Fraktion einstimmig ab. Die nun vorliegende Version weicht in wesentlichen Punkten davon ab und ich möchte sie mit meiner Fraktion besprechen können. **Deshalb beantrage ich einen Sitzungsunterbruch von 10 Minuten.**

### **Abstimmung**

über den Ordnungsantrag

**Der Ordnungsantrag wird gutgeheissen.**

### **Sitzungsunterbruch 19.45 Uhr - 19.25 Uhr**

**Hadorn Werner, Stadtratspräsident:** Die Sitzung geht weiter. Da offenbar niemand mehr das Wort verlangt, kann direkt über den Rückweisungsantrag abgestimmt werden.

### **Abstimmung**

über den Antrag der Fraktion GLP, das Geschäft zurückzuweisen

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Grupp Christoph, Fraktion Grüne:** Ich danke dem Gemeinderat für den Bericht und die ausführliche Sadratsinformation zum vorliegenden Geschäft, das sehr sorgfältig vorbereitet und geplant wurde. Ein Projektierungskredit von CHF 140'000 wurde bereits gesprochen. Die diesbezüglichen Kosten scheinen hoch, insbesondere auch deshalb, weil das Gebäude gar noch nicht so alt ist und weil dessen weitere Existenz von der Baustelle des A5-Westasts tangiert wird. Das ist aber nicht die direkte Schuld des Parc Cafés. Es stellt sich vielmehr die Frage, welche Veränderungen der A5-Westast tatsächlich bewirken wird. Sicherlich ist das Parc Café nicht das einzige Objekt, bei welchem die Auswirkungen der neuen Autobahn gewisse Kostenfolgen nach sich ziehen werden. Diese müssten von mir aus gesehen eigentlich von der Bauherrschaft der A5 übernommen werden. In der Debatte wurde die Darstellung der Zahlen bemängelt. Dem schliesse ich mich an. Es ist verwirrend, wenn über Renditen und Gewinne geschrieben wird, obschon bestenfalls von einer Bruttorendite von 2,4% ausgegangen werden kann. Obwohl es sich dabei nur um eine Prognose handelt, ist dies die einzige konkrete Zahl. Hinzu kommen Folgekosten von zwei Mal rund CHF 1,4 Mio. Amortisation, Verzinsung und Unterhalt für die geplante Investition werden im Geschäft ausgewiesen, nicht aber die Amortisation des Buchwertes. Der Buchwert bleibt also gleich und wird nicht amortisiert. Das finde ich angesichts der voraussichtlich verkürzten Lebensdauer des Gebäudes und der kurzzeitigen Auswirkung der Investition umso störender. Wie bereits angetönt wurde, dürfte die Stadt mit dem Parc Café vermutlich einen jährlichen Verlust von rund CHF 20'000 - 50'000 einfahren. Diese Einschätzung teile ich. Nun folgern die einen, dies sei angesichts der derzeitigen finanziellen Situation der Stadt nicht zulässig. Die anderen betonen, das Parc Café sei ein Service public. Sie befürchten, dass die Attraktivität des Strandbodens geschmälert würde, wenn das Lokal geschlossen werden müsste und es dort keine Verpflegungsmöglichkeit mehr gäbe. Zudem ist fraglich, ob der Buchwert von CHF 1,4 Mio. auch mit einer weniger umfassenden Sanierung beibehalten werden könnte. Käme eine günstigere Sanierung nicht einfach einer Minderung des Buchwertes auf Raten gleich, welche letztlich in einem Abbruch des Gebäudes mündet? Der Rückweisungsantrag wurde zwar abgelehnt. Trotzdem möchte ich daran erinnern, dass eine Schliessung des Parc Cafés die Aufgleisung eines neuen Projektes mit ebenfalls hohen Folgekosten bedeutet hätte. Zudem wäre es zu Mietzinsausfällen gekommen. Zwar findet auch der Fraktion Grüne das geplante Projekt teuer. Trotzdem sieht sie keine andere Möglichkeit, als nochmals in das Parc Café zu investieren. Sie möchte der Finanzdirektion aber ans Herz legen, die hohen Investitionskosten von CHF 1,4 Mio. nochmals zu überprüfen. Vielleicht wäre ein anderes, günstigeres Vorgehen möglich. Zudem fragt sich die Fraktion Grüne, ob es wirklich richtig ist, dass die Eigentümerin die Kosten für die Betriebseinrichtung von CHF 354'000 alleine zu tragen hat. Es wäre zu prüfen, ob die Pächterin daran beteiligt werden kann. Mit diesen Anmerkungen empfiehlt die Fraktion Grüne das vorliegende Geschäft zur Annahme.

**Gurtner-Oesch Sandra, Fraktion GLP:** Die Überlegungen der Fraktion Grüne freuen mich. Ich frage mich aber, ob sie sich bewusst ist, dass die Aufträge morgen vergeben werden sollen? Nicht rückweisen bedeutet, dass das Geschäft wie vorgeschlagen in Auftrag gegeben wird. Es wird nichts mehr geprüft. Das wäre nur mit einer Rückweisung noch möglich gewesen. Die Fraktion GLP hat zu diesem Geschäft alles gesagt und wird es ablehnen. Sie kann keinem Geschäft zustimmen, das von vornherein Verluste prognostiziert. Zu einem Restaurant an dieser Lage ist alles gesagt...

**Külling Urs, Fraktion SP:** Worum geht es? Ich möchte nicht über Zahlen sprechen, sondern über das bestehende, 1999 gebaute Parc Café. Seither wurde es nur noch an- oder umgebaut, aber nicht mehr saniert. So, wie das Parc Café heute aussieht, muss investiert werden, soll es weiterhin betrieben werden. Heute werden 50% der Fläche als Betriebs- und 50% als Gastraum genutzt. Soll das Café anders genutzt und der Gastraum vergrössert werden, ist es abzureissen, denn der heutige Gästebereich ist zu klein. Das vorliegende Projekt ist eine klare Verbesserung. Das heutige Gebäude wird der tollen Lage am Strandboden mit Aussicht auf den See nicht gerecht. Die Situation könnte verbessert werden, wenn beispielsweise der Glacéstand oder die Pergola entfernt würden. Dadurch, dass die Küche ausgelagert wird, entsteht mehr Raum für die Gäste und es könnte eine Bar eingerichtet werden. Wenn die Pergola entfernt und die bestehende Terrasse dem Niveau des Pergolabodens angeglichen wird, kann der Innenbereich im Sommer ohne grosse Probleme zum Aussenbereich hin verlängert werden, denn es gibt keine Stufen mehr. Es entsteht eine Art Lounge. 1999 gab es in der Umgebung keine anderen Restaurants. Die Restaurants "Capriccio" und "Joran" gab es noch nicht und die "Lago Lodge" wurde gerade erst eröffnet. Die Situation war also eine ganz andere als heute. Die anderen Gastrobetriebe im Seebecken bieten eine Menükarte an. Das Parc Café soll sich davon unterscheiden. Es gibt keine grosse Küche mehr. Vielmehr soll ein Self-Service-Betrieb angeboten werden, was auch einer anderen Bevölkerungsschicht einen Restaurantbesuch ermöglicht. Als 1977 das erste Parc Café gebaut wurde, war der Zulauf noch nicht so hoch. Damals war der Strandboden noch ziemlich leer. Seither wird er immer stärker und von allen Bevölkerungsgruppen genutzt. Vor nicht allzulanger Zeit wurde der grosse Kinderspielplatz in unmittelbarer Nachbarschaft zum Parc Café realisiert. Dieser setzt eine Verpflegungsmöglichkeit fast voraus. Sollte das Parc Café abgerissen werden, müsste konsequenterweise auch der Kinderspielplatz rückgebaut werden. Dann dürfte seitens Stadt auf dem Strandboden gar nichts mehr angeboten werden. Wie bereits gesagt wurde, hat das Parc Café auch eine Service-public-Funktion. Für die Stadt ist es ein Trumpf. Vielleicht ist es in dem Sinn rentabel, als dass die Aufenthaltsqualität am See sowohl für die Touristen als auch für die Bevölkerung steigt. Dies sollte die Stadt unterstützen. Die Fraktion SP hat das Geschäft entsprechend geprüft. Sie findet, eine Rückweisung macht keinen Sinn und empfiehlt das Geschäft zur Annahme.

**Güntensperger Nathan, GLP:** Es ist erschütternd, was in diesem Rat zum Teil gesagt wird: Über Geld solle nicht gesprochen werden, das Geschäft sei unter einem anderen Blickwinkel zu betrachten... Deshalb hat die Stadt eine Finanzierungslücke von fast CHF 30 Mio. und bald CHF 900 Mio. Schulden! Wenn so gerechnet wird, ist das ja klar... Ich bin etwas enttäuscht, dass mein Betrieb auf Nidauer und nicht auf Bieler Boden liegt. Diesfalls könnte ich vielleicht auch noch Subventionen beantragen, wenn doch ein Restaurant am See Service public sein soll. Es sollte darauf geachtet werden, was im Stadtrat gesagt wird. Plötzlich sind auch die anderen Restaurantbetreiber am See, sie dienen auch dem Service public und verlangen von der Stadt Geld. Ich persönlich würde das Parc Café verschenken mit der Auflage, dass darin während der nächsten 20 Jahre ein Restaurant betrieben werden muss. Zusätzlich würde ich einen jährlichen Baurechtszins von CHF 84'000 verlangen. Das schiene mir sinnvoll.

**Wiher Max, GLP:** Auch ich trinke im Parc Café gerne einen Kaffee und ich finde diesen Betrieb für die Stadt wichtig. Trotzdem ist das vorliegende Geschäft für mich aus verschiedenen Gründen sehr unbefriedigend:

1. Der Pachtzins beträgt 7% des Umsatzes. Der Gemeinderat sagt, das sei marktüblich. Ich habe mich erkundigt: marktüblich sind 8% - 10%. Nehme ich den Mittelwert von 9% und vergleiche ihn mit dem vorliegend vereinbarten Pachtzins, komme ich auf Mindereinnahmen von fast 30%. Kann sich die Stadt das leisten? Ich glaube nicht! Meines Erachtens müsste sie mindestens den durchschnittlichen marktüblichen Mietzins verlangen.
2. Das vorliegende Geschäft ist eines von vielen, über welches der Stadtrat zu spät informiert wird. Nun heisst es "Vogel friss oder stirb". Das stört mich sehr und ich wiederhole es am Rednerpult zum x-ten Mal. Wie wäre es, wenn der Stadtrat einmal vorzeitig informiert würde? Dann könnte er ohne Zeitdruck eine Rückweisung beantragen. Vorliegend könnte der Stadtrat nichts dafür, wenn das Parc Café nicht rechtzeitig eröffnet werden kann. Es wäre einzig und allein die Schuld des Gemeinderats.
3. Es stört mich sehr, dass die Abschreibung des Buchwertes nicht einberechnet wurde und dem Stadtrat ein Bericht mit falschen Zahlen vorgelegt wird, der sogar einen Gewinn vorgaukelt, wo doch nur ein Verlust erzielt werden kann. Es macht mich misstrauisch, wenn der Gemeinderat wider Treu und Glauben handelt. Deshalb kann ich dem vorliegenden Geschäft nicht zustimmen, auch wenn ich das Parc Café an und für sich sehr gerne habe.

**Freuler Fritz, Grüne:** Herrn Wihers Kritik, wonach das Geschäft zu kurzfristig im Stadtrat traktandiert wurde, finde ich berechtigt. Sicher kann auch die schwache bis ungenügende Rentabilität kritisiert werden. Es kann auch darüber diskutiert werden, ob die Investition von CHF 1,4 Mio. nicht zu hoch sei. An der Informationsveranstaltung wurde gesagt, schon nur um den Betrieb weiterführen zu können, müsse mindestens CHF 1 Mio. investiert werden. Die Behauptung, mit einer Rückweisung hätte Geld gespart werden können, muss ich aber zurückweisen. Das ist ein Irrtum. Eine Rückweisung hätte die sofortige Abschreibung des Buchwertes von CHF 1,4 Mio., den Verlust des Projektierungskredits von CHF 140'000 sowie die Abbruchkosten zur Folge gehabt. Das ist die Alternative! Wenn es in diese Richtung gehen sollte, muss die Stadt wirklich vermögend sein! (*Unruhe im Saal*) Das mit diesem Gastrobetrieb verbundene Problem ist, dass in unmittelbarer Nachbarschaft die Baugrube für den A5-Westast entstehen soll. Folglich sollte der Gemeinderat beauftragt werden, allfällige auf den A5-Westast zurückgehende Defizite des Parc Cafés auf die Bauherrschaft abzuwälzen. (*Unruhe im Saal*) Der Stadtrat könnte dem Gemeinderat vorschlagen, den Pachtvertrag nach fünf Jahren zu sistieren, sollte der durch den A5-Westast verursachte Schaden nicht eintreffen. Diesfalls könnte dann ein Projekt im Sinn von Herrn Güntensperger aufgelegt werden. Für die Bevölkerung von Biel könnte ein maximaler Nutzen erreicht werden, wenn am heutigen Standort des Parc Cafés beispielsweise ein Mehrgenerationenprojekt realisiert wird, das Treffen zwischen Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen ermöglicht. Daran hätte die Bieler Bevölkerung sicher Freude. Zudem könnten auch integrative Arbeitsplätze geschaffen werden. Das Parc Café könnte zudem vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen überführt werden. (*Unruhe im Saal*)

**Baltzer Niklaus, SP:** Ich möchte zwei Aspekte aufgreifen:

1. Zur Renditerechnung: Soll global nachhaltig gedacht werden (und dafür ist die GLP vielleicht auch zu haben), muss von der Idee einer Maximalrendite Abstand genommen werden. Die Renditen müssen wahrscheinlich grundsätzlich verkleinert werden. Ansonsten schadet der Mensch der Welt noch viel stärker, als er dies sowieso schon tut. Zudem stammen die Renditeüberlegungen zum Teil aus einer Zeit, in welcher die Zinse 5%, 6% oder sogar 7% betragen. Deshalb sollten die Renditen etwas reduziert werden, so wie dies im vorliegenden Geschäft vorgesehen ist.
2. Herr Wiederkehr sagte anlässlich der Fraktionssitzung, das Gastronomiegewerbe unterliege starken Schwankungen. Er sieht das von zu Hause aus, weil er beim Restaurant "Capriccio" wohnt. An einem sonnigen Samstag oder Sonntag, wenn sehr viele Personen dort essen wollen, hat es zu wenig Platz. Herr Wiederkehr konnte beobachten, dass, wer im "Capriccio" keinen Platz findet, weiter zum Parc Café und vielleicht sogar bis zur Lago Lodge geht, um dort wenigstens ein kleines Menü zu bestellen. Insofern haben das Parc Café und die Lago Lodge sogar einen frustrationsmindernden Effekt, indem sie Publikumshöchstspitzen etwas abfangen können. Auch das ist eine Dienstleistung. Solchen Publikumsspitzen kann nicht anders begegnet werden. Es ist auch logisch, dass man vor allem sonntags im Parc Café Kaffee trinken will. Ich finde, das ist Service public, den sich die Stadt leisten darf.

**Pichard Alain, GLP:** Vermutlich wird dies mein letztes Votum im Stadtrat... Es erstaunt mich, wieviele Gastrofachleute die Ratslinke plötzlich ausweisen kann. Herr Külling sagt, beim Parc Café solle etwas Neues entstehen. Herr Wiederkehr erklärt aufgrund von Beobachtungen, wie Gastronomie funktioniert... Ich möchte Herrn Güntenspergers Mahnung wiederholen: wird das Parc Café, das ja gemäss Herrn Arnold eine Goldgrube sein soll, als "Service public" eingestuft, dürften viele andere Restaurantbesitzer dies für ihre Betriebe auch in Anspruch nehmen. Das vorliegende Projekt ist ein Witz! Ähnliches habe ich noch nie gesehen. Der Stadtrat hat in seinen Reihen einen Gastronomiekennner. Natürlich konkurrenziert er die Linken und diese unterstellen ihm nun schlechte Absichten. Trotzdem: er hat an einer nicht so tollen Lage ein Hostal aufgebaut, das er nun schrittweise renoviert. Er schaut zu seiner Liegenschaft. Das macht die Stadt nicht, weder beim Kontrollgebäude noch bei weiteren Liegenschaften. Das Kontrollgebäude würde die Stadt ja am Liebsten verkaufen... Nun liegt für das Parc Café ein Projekt vor und Herr Külling sagt, die Stadt habe in den vergangenen Jahren nichts für dieses Gebäude getan. Das stimmt, und nun steht eine teure Renovation an. Ich sage nochmals: Das Restaurant von Herrn Güntensperger funktioniert trotz der erwähnten Besucherzahlschwankungen bestens und ist tatsächlich eine Goldgrube, Herr Arnold. Vielleicht müsste der Stadtrat für einmal auf Sachverständige hören statt auf Personen, die eine Lounge realisieren wollen. Ich liess mir sagen, die Gastronomiebranche komme von diesen Lounges wieder ab, weil sie die Rendite schmälerten. Das kann doch nicht sein! Aber alles, was in irgendeiner Form nach Service public riecht, wird von der Ratslinken unterstützt. Deshalb steht die Stadt heute da, wo sie steht. Ich verstehe auch die Äusserungen der PRR-Mitglieder Pittet, Bord und Paronitti nicht. Der PRR wollte aus Spargründen sogar die Skilagerbeiträge streichen, trotzdem unterstützt er heute das vorliegende Projekt. Der PRR ist eigentlich eine Wirtschaftspartei und ich finde die Haltung seiner Mitglieder wenig glaubwürdig.

**Gugger Reto, BDP:** Die Fraktion BDP/CVP/BVP hat intensiv über das vorliegende Geschäft diskutiert. Meine Meinung schwankte. Anfangs fand ich die Vorlage katastrophal. Dann liess ich mich durch meine Fraktionskollegen vom Projekt überzeugen. Wir wogen das Dafür und das Dawider ab. Ich hoffte, dass der Rückweisungsantrag das "Ei des Kolumbus" sei. Er hätte wahrscheinlich genau das gebracht, was ich mir wünsche: ich brauche am Strandboden kein Restaurant mit Lounge, sondern eines, dessen Toilette die Kinder benützen dürfen, wenn sie auf dem Spielplatz sind. Ich brauche keine Bank mit Aussicht auf den See, wenn diese Aussicht durch Büsche und Hügel versperrt bleibt. Ich brauche eine Gelegenheit, um Pommes frites und Pouletflügel oder ein Körbchen Fischknusperli zu essen. Ich brauche auch keine entwässernden Tulpenschirme und kein Holzdeck. Ich brauche eine Lösung, die mit einem Minimum an Mitteln ein Maximum für die Kundschaft herausholt. Das Parc Café steht an einem wichtigen Ort. Es erinnert viele an die Expo.02, deren Ende sicher Einfluss auf die Umsatzzahlen hatte. Trotzdem soll nun nicht allzuviel investiert werden. Wenn ich alle Aspekte in die Waagschale werfe, werde ich mit einem weinenden Auge Ja sagen zu dieser Vorlage. Ich hoffe aber, dass die angeregte stadträtliche Diskussion beim Gemeinderat angekommen ist und dass er nun nicht alles Geplante umsetzt. Der Kredit muss nicht um jeden Preis ausgeschöpft werden, nur das Nötigste soll umgesetzt werden. Dazu braucht es aber auch den Mut, Unnötiges wegzulassen oder erst später zu realisieren. Da der Rückweisungsantrag nicht angenommen wurde, stimme ich dem Geschäft nun zu.

**Suter Daniel, PRR:** Le PRR a été interpellé violemment et merci de lui donner la possibilité de pouvoir réagir, mais parfois il serait bien de pouvoir le faire directement sur le moment. L'aspect service public n'est pas une manière de voir les choses car la réflexion est faite en tant que propriétaire d'un établissement d'une valeur de 1.4 mio. fr. Son exploitation a été mise au concours depuis la fin de l'année 2015 et ceci durant six mois afin de pouvoir examiner qu'une dizaine d'offres! Suite à cette mise au concours, un exploitant a été défini et ce dernier souhaite proposer un établissement d'une certaine qualité. Dans le cas où il serait décidé de ne pas investir dans ce bâtiment, la Ville de Bienne serait propriétaire d'un bien d'une valeur de 1.4 mio. fr., qui ne lui rapporte rien. La proposition présentée, ce soir, permettrait à la Ville de gagner au minimum entre 70'000 fr. et 80'000 fr. par année. Le rendement sur l'ensemble du projet peut être calculé à 2.4% et celui sur l'investissement à 4.9% par an, ceci en supposant des revenus de 70'000 fr. Il faut prendre le risque d'investir, aujourd'hui, afin de pouvoir gagner dans le futur. Le PRR approuve donc ce projet.

**Tennenbaum Ruth, Passerelle:** Ich möchte noch ein paar Gedanken zum konkreten Geschäft äussern und erklären, weshalb ich von dieser Vorlage nicht begeistert bin. Es wurde gesagt, am Strandboden brauche es Gastronomie als Service public. Der Erfolg eines Gastronomiebetriebs hängt von dessen guter Lage, einem guten Gastronomiekonzept und einer guten Preisgestaltung ab. Erfüllt ein Betrieb diese Punkte, hat er auch seine Kundschaft. Die Lage des Parc Cafés ist zwischen Frühling und Herbst sehr gut, im Winter etwas weniger. Im Winter müsste man sich also eine gastronomische Alternative überlegen. Welches Publikum zieht das Parc Café an? Am Strandboden halten sich sehr viele Familien mit Kindern oder ältere Menschen auf, die einen Kaffee trinken wollen. Sie werden im Parc Café kaum ein grosses Menu essen wollen. Es sind einfache Leute, die - wie Herr Gugger erwähnte - gerne Pommes frites und etwas Fisch, vielleicht auch einen Salatteller, essen möchten. Dafür ist das heutige Lokal sehr gut geeignet. Ich sehe nicht ein, weshalb die

Produktionsküche entfernt werden soll. Das macht für mich keinen Sinn. Das Dach muss sicher saniert werden, denn es ist nicht mehr dicht. Die Investition in die Fenster hingegen ist für mich fragwürdig. Das Parc Café ist vor allem ein Sommerbetrieb, der kaum beheizt werden muss. Die Energiefrage stellt sich für mich beim Parc Café deshalb nicht zwingend. In meinen Augen ist es zudem unverantwortlich, auf dem Eigenkapital nur eine Rendite von 2,3% zu erwirtschaften. Wenn schon investiert wird, sollte auch die Rendite höher ausfallen. Das Projekt scheint mir überrissen, auch mit Blick auf die ungewisse Zukunft des Standortes und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass der Bieler Bevölkerung tendenziell nicht viel Geld für Restaurantbesuche zur Verfügung steht.

**Steidle Silvia, directrice des finances:** Le débat de ce soir montre que le Conseil de Ville tient à embellir le bord du lac. Ce projet suit cette idée, mais il est vrai qu'il est important de tenir compte des coûts à investir. L'investissement demandé est un minimum nécessaire afin de garantir un établissement de qualité, qui sera apprécié, ceci tout en garantissant une certaine rentabilité. Il ne s'agit donc pas d'un projet luxueux qui est néanmoins de qualité. De par son emplacement, l'établissement est important malgré que son exploitation soit compliquée, car il n'y a pas de places de stationnement. De plus, certains exploitants ont informé le Conseil municipal, que le manque de lumières au bord du lac, entre autre et bien d'autres raisons, n'aident pas à faire connaître cet établissement. La loi du marché fait qu'un rendement plus élevé que 7% ne peut être garanti par aucune autre offre. Il n'est donc pas possible de présenter un meilleur projet au Conseil de Ville pour cet objet. La question de la vente du bâtiment à un éventuel futur acquéreur pourrait être envisagée, mais cela ne permettrait plus à la Ville de garantir à sa population un service de restauration sept jours sur sept. Il est clair qu'un contrat pourrait être établi, mais cette opération est très difficile. Je pense, qu'il faut voir les alternatives pour cet endroit. Il serait possible de démolir le bâtiment, mais ceci coûterait à la Ville et ne lui rapporterait plus rien. Le même scénario est à prévoir si cet établissement serait fermé, en attendant la fin du chantier de l'autoroute. La réalisation des travaux par étapes ne permettra pas de garantir qu'ils ne coûteront pas, au fil du temps, davantage à la Ville. Sachant que l'analyse de toutes ces options a été menée, le Conseil municipal propose, ce soir, au Conseil de Ville la variante de l'investissement, afin que ce lieu puisse renaître pour l'été 2017. De plus, une restauration simple y sera proposée afin qu'elle soit accessible au plus petit budget.

## **Abstimmung**

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 2. November 2016 betreffend «Sanierung Parc Café, Ländtestrasse 4 in Biel, Grundstück Biel/Bienne-Grundbuchblatt Nr. 10244, Verpflichtungskredit», gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Das Projekt «Sanierung Parc Café, Grundstück Biel/Bienne-Grundbuchblatt Nr. 10244, Verpflichtungskredit» wird genehmigt und dafür ein Verpflichtungskredit von CHF 1'418'000.00 bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.

3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenz an die zuständige Direktion zu delegieren.

**Hadorn Werner, Stadtratspräsident:** Ich schlage vor, jetzt eine Pause zu machen.

### **Sitzungsunterbruch 20.10 Uhr - 21.20 Uhr**

**Hadorn Werner, Stadtratspräsident:** In der Pause wurde ich angefragt, ob der Bus morgen Abend nach dem Stadtratsessen auch wieder in die Stadt zurückfährt. Das ist nicht der Fall. Das Schiff kommt etwa um 23.00 Uhr wieder in Biel an, es ist also möglich, mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zurückzukehren.

### **162. 20160285 Erneuerung von 9 Baurechtsverträgen mit gemeinnützigen Wohnbauträgern**

**Strobel Salome, GPK:** Die Wohnbaugenossenschaften spielen für den städtischen Wohnungsmarkt eine sehr grosse Rolle. Die rund 30 Bieler Wohnbaugenossenschaften bieten ungefähr 4'500 Wohnungen an, das sind ungefähr 16% aller Wohnungen in Biel. Die Verlängerung der Baurechtsverträge mit den Wohnbaugenossenschaften ist für Biel deshalb eine grosse Chance, das Angebot an zeitgemässen Wohnungen für den breiten Mittelstand zu verbessern. Anlässlich der Stadtratssitzung vom 29. Juni 2016 wurde das Reglement über die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus (SGR 854.1) verabschiedet. Damit wurden die Rahmenbedingungen für die Baurechtsverträge festgelegt. Die Ausarbeitung der Verträge lag in der Kompetenz des Gemeinderats. Dass der Gemeinderat dem Stadtrat aufgrund des Transparenzgebots einen Mustervertrag zustellte, finde ich lobenswert. Etwas weniger lobenswert ist der Zeitdruck, unter welchem der Stadtrat das vorliegende Geschäft verabschieden muss. Von den über 190 Baurechtsverträgen mit Wohnbaugenossenschaften laufen Ende Jahr 48 aus, also in zwei Wochen. 39 dieser Verträge liegen in der Kompetenz des Gemeinderats, neun in derjenigen des Stadtrats. Mit zwei Ausnahmen sollen alle Verträge in zwei Phasen für insgesamt 30 Jahre verlängert werden. Grundsätzlich sollen alle neuen Baurechtsverträge mit den Wohnbaugenossenschaften zu den gleichen Konditionen abgeschlossen werden. Das vom Stadtrat im Juni verabschiedete Reglement über die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus diene als Grundlage und wurde umgesetzt. Die erste Phase, sozusagen die Übergangsphase, wird nach Art. 12 des Reglements geregelt und dauert 15 Jahre. Damit wird den Wohnbaugenossenschaften Zeit eingeräumt, sich für die Zukunft zu wappnen. Für diese Phase legte der Gemeinderat folgende Ansätze fest:

- ein Zuschlag von 75% auf dem letzten verzinsbaren Kapitalwert
- einen Anfangszinssatz von 2,2%, gültig für 10 Jahre
- anschliessend eine einmalige Anpassung des Kapitalwerts um 5% des Ausgangswerts.

Die Stadt fordert von den Wohnbaugenossenschaften, ihre Immobilien zu erneuern und die Siedlungen weiterzuentwickeln. Dafür müssen alle innert fünf Jahren nach



Vertragsabschluss eine Zielvereinbarung mit der Stadt abschliessen. Die Wohnbaugenossenschaften übernehmen damit eine wichtige Rolle in der Stadtentwicklung. Die Analyse der Förderstelle "Gemeinnütziger Wohnungsbau Kanton Bern" im Auftrag der Wohnbaugenossenschaften und der Stadt Biel zeigte 2015, dass 80% der Bieler Genossenschaftswohnungen zwischen 1946 und 1970 gebaut wurden. Heute sind diese Liegenschaften zwischen 45- und 70-jährig. Sie müssen bald erneuert oder zum Teil sogar ersetzt werden, die meisten wurden aber bereits einmal renoviert. Grösstenteils halten sich die Wohnbaugenossenschaften an den für Wohngebäude empfohlenen Sanierungsrhythmus von 30 bis 35 Jahren. Gemäss der erwähnten Analyse sind die meisten Bieler Wohnbaugenossenschaften heute gut aufgestellt. Zielvereinbarungen für eine langfristig angelegte Erneuerung und Weiterentwicklung ihres Gebäudebestands sollten deshalb für alle realisierbar sein. Für die zweite Phase ab 2032 legte der Gemeinderat ein oberes Zinsband von 4% fest. Diese Phase wird nach Art. 8 des Reglements über die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus geregelt. Der Gemeinderat will bis in einem Jahr eine diesbezügliche Verordnung ausarbeiten. Die Genossenschaften haben die Möglichkeit, ihre Anliegen zu dieser Verordnung über die Arbeitsgruppe "Gemeinnütziger Wohnungsbau" einzubringen. Die Verträge wurden bereits an alle betroffenen Wohnbaugenossenschaften verschickt und liegen diesen zur Unterzeichnung vor. Weil das Geschäft so pressiert, konnte die heutige Stadtratssitzung nicht abgewartet werden. Deshalb enthalten alle Verträge eine Vorbehaltsklausel, wonach sie nur im Falle der Zustimmung des zuständigen Organs gültig sind. Die neuen Baurechtsverträge werden erst mit dem Eintrag ins Grundbuch rechtsgenüchlich. Dadurch ergibt sich ein kleiner Stolperstein, denn die Verträge müssen vor dem 1. Januar 2017 im Grundbuch eingetragen werden. Ansonsten erfolgt ein Heimfall der Immobilien an die Stadt. Weil dies weder im Interesse der Stadt noch in demjenigen der Wohnbaugenossenschaften ist, wurde mit dem Grundbuchamt ein Übergangsvertrag ausgearbeitet, welcher dem Stadtrat zur Information zugestellt wurde. Darin wird der Heimfall aus Termingründen ausgeschlossen. Der Gemeinderat rechnet damit, dass die Einnahmen aus den Baurechtszinsen mit den neuen Verträgen um rund CHF 260'000 pro Jahr ansteigen werden. Insgesamt resultiert ein Buchgewinn von ungefähr CHF 15,3 Mio., für die Baurechte in Stadtratskompetenz sind es CHF 6,84 Mio. Dieser Buchgewinn soll der Spezialfinanzierung Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens (SGR 680.93) zugewiesen werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich nicht um einen handfesten Erlös, also um Geld aus einem Verkauf, sondern nur um einen technischen Mehrwert handelt. Aus Sicht der GPK hat der Gemeinderat die mit dem Reglement vorgegebenen Regelungen korrekt umgesetzt. Der Gemeinderat sieht in den Wohnbaugenossenschaften ein grosses Potenzial für die Stadtentwicklung und ist bereit, die auslaufenden Verträge zu erneuern. Die GPK hat diesbezüglich keine Vorbehalte und stimmt dem Geschäft zu.

**Freuler Fritz, Fraktion Grüne:** Um es vornweg zu nehmen: Die Fraktion Grüne wird der Verlängerung der Baurechtsverträge zustimmen. Zunächst aber eine Vorbemerkung zu diesem Geschäft: Auch heute Abend war viel von Transparenz und offenzulegenden Interessenbindungen die Rede. Das ist auch richtig. Wenn wirtschaftliche Interessen im Spiel sind, muss Transparenz geschaffen werden. Ich selber bin in der Interessengemeinschaft Biel (IG Biel) der gemeinnützigen Wohnbauträger aktiv und dadurch auch im Dachverband der Wohnbaugenossenschaften Schweiz. Ich bin also ein Lobbyist für den

gemeinnützigen Wohnungsbau, ein Lobbyist aber aus politischer Überzeugung. Persönliche, materielle Vorteile ziehe ich keine aus diesem Geschäft, egal wie es ausgehen mag. Ich habe zu keiner der 46 vom vorliegenden Geschäft betroffenen gemeinnützigen Wohnbauträger Beziehungen.

Zum Bericht des Gemeinderates: Die GPK-Sprecherin hat schon einiges gesagt, was ich nicht wiederholen möchte. Die Erneuerung der Baurechtsverträge ist für die Stadt von mir aus gesehen aus drei Gründen von hoher Bedeutung:

1. Die Erneuerung der Baurechte bringt der Stadt viel Geld ein. Dank den Wertberichtigungen bei den Baurechten wächst ihr Vermögen auf einen Schlag um CHF 15 Mio. Aber auch die Einnahmen nehmen um rund CHF 250'000 pro Jahr zu. Das macht allein während der ersten Phase der Verlängerung gesamthaft CHF 4 Mio. aus. Über diese sicheren und regelmässig fliessenden Baurechtszinse kann die Stadt insgesamt mehr einnehmen als über einen einmaligen Terrainverkauf.
2. Die Erneuerung der Baurechte sichert bezahlbares Wohnen. Die gemeinnützigen Wohnbauträger bieten nach dem Prinzip der Kostenmiete preisgünstige Wohnungen an. Kürzlich habe ich erfahren, dass die Angebotsmieten seit 2008 trotz der rekordtiefen Zinsen und der negativen Teuerung um 17% gestiegen sind, seit 2000 sogar um 50%, während die Teuerung nur um 7% angestiegen ist. Die Wohnbaugenossenschaften sind als dritter Weg zwischen Wohneigentum und Miete für breite Bevölkerungsschichten Gold wert, müssen sie doch nicht immer mehr ihres meist nicht steigenden Einkommens für das Wohnen ausgeben. Für viele Haushalte betragen die Wohnkosten bereits mehr als 20% des Einkommens.
3. Die Erneuerungen der Baurechte ermöglichen eine intelligente Raumplanung. Das Baurecht, wie es die Schweiz kennt, ist ein seltenes und ausserordentlich kluges Recht. Weil die Stadt das Land nicht veräussert, sondern nur im Baurecht, also zeitlich befristet, abgibt, kann sie langfristig weiterhin darüber verfügen. Die öffentliche Hand bleibt Eigentümerin des Bodens und kann so auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen reagieren oder aber den Boden einer Umnutzung zuführen, sobald eine solche angezeigt ist. Das ist sehr wichtig, weil Boden ein knappes, nicht vermehrbares Gut ist.

Baurechte werden manchmal als eine Art Subvention der gemeinnützigen Wohnbauträger dargestellt. Das ist grundfalsch. Baurechte liegen primär im Interesse der Stadt. Baurechte sind politisch und gesellschaftlich wichtig, wie der Gemeinderat auch in seinen Leitlinien formuliert hat. Baurechte liegen sehr oft aber gerade nicht im Interesse der gemeinnützigen Wohnbauträger. Viele von ihnen würden das Land lieber erwerben, Herr Güntensperger, weil es für sie finanziell attraktiver wäre und vor allem würden sie dadurch von der Stadt unabhängig. Wie befreiend das wäre, haben gerade die letzten Jahre und Monate gezeigt. Wie nämlich Gemeinde- und Stadtrat mit den Baurechtsverträgen umgegangen sind, stellt ihnen kein gutes Zeugnis aus, gerade vor dem Hintergrund der Wichtigkeit und Bedeutung, die diese Verträge für die Stadt haben. Deshalb finde ich, dass nun alles in unserer Macht stehende unternommen werden muss, um zwischen der Stadt und den gemeinnützigen Wohnbauträgern ein Vertrauensverhältnis herzustellen. Am 26. April 2012 sagte der damalige Finanzdirektor und Stadtpräsident, Herr Fehr, in seinem Votum zur Beantwortung meiner Motion 20110339, «Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus»: *"Ich versichere dem Stadtrat, dass es dem Gemeinderat ein Anliegen ist, eine gute und für alle Seiten stimmige Lösung zu finden. Partnerschaft heisst für mich auch, aufeinander zuzugehen. Dazu braucht es ein*

*Vertrauensverhältnis, welches unterschiedliche Positionen zulässt."* Wenn es uns gelingt, dieses Vertrauensverhältnis insbesondere zwischen der Finanzdirektion und der Arbeitsgruppe gemeinnütziger Wohnungsbau herzustellen und partnerschaftlich auf Augenhöhe zusammenzuarbeiten, so dass die verschiedenen Argumente respektiert werden, bin ich zuversichtlich, dass einvernehmliche Zielvereinbarungen und Lösungen im Interesse der Bieler Bevölkerung gefunden werden können.

**Paronitti Maurice, au nom du Groupe FDP/PRR/EVP/EDU:** Cet objet est plus technique que politique car il s'agit de mettre en oeuvre le Règlement sur l'encouragement de la construction de logements d'utilité publique (Rlog, RDCo 854.1) que le Parlement a adopté fin juin 2016 et qui est entré en vigueur au début du mois d'août 2016. Neuf contrats de droit de superficie avec des maîtres d'ouvrage d'utilité publique qui relèvent de la compétence du Conseil de Ville arrivent à échéance à la fin de cette année. Le temps est compté, mais des contrats transitoires ont été mis sur pied pour faire face à d'éventuels problèmes de forme. Je souhaite remercier à nouveau la Direction des finances pour avoir enfin pris en charge le dossier des contrats de droit de superficie, dans lequel il ne s'est plus passé grand-chose depuis des décennies. Merci également d'avoir concrétisé, cette année encore, les bases d'un fonctionnement dans ce domaine dignes du 21<sup>ème</sup> siècle, en y introduisant également des notions de planifications, des rénovations, de l'entretien et de l'amortissement, tout en ayant procédé à la revalorisation des terrains. En conclusion, le Groupe FDP/PRR/EVP/EDU recommande d'accepter le projet d'arrêté.

**Dillier Adrian, Fraktion SVP/Die Eidgenossen:** Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen dankt der Finanzdirektorin und ihrem Team für die gute Arbeit und die gewissenhafte Wahrnehmung der Interessen der Stadt. Es war bestimmt nicht einfach, die Interessen der Stadt mit denjenigen der Wohnbaugenossenschaften in Einklang zu bringen. Dazu wurde grosse Arbeit geleistet. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen begrüsst auch, dass die Grundstücke neu bewertet werden und die Baurechtszinse in Zukunft progressiv angehoben werden, ohne die Wohnbaugenossenschaften massgeblich zu beeinträchtigen. In diesem Sinne empfiehlt unsere Fraktion die Annahme des Geschäfts.

**Steinmann Alfred, Fraktion SP:** Was lange währt, wird endlich gut... Der Stadtrat hat heute über neue Baurechtsverträge zu befinden und der Gemeinderat hat weitere 39 Baurechtsverträge in eigener Kompetenz beschlossen, wie die GPK-Sprecherin bereits sagte. Eigentlich kommt dieses Geschäft aber schon fast zu spät. Werden die neuen Baurechtsverträge heute nicht verabschiedet, droht der Heimfall der Liegenschaften. Diesfalls müssten die Wohnbaugenossenschaften ihre Gebäude mit Kostenfolge für die Stadt an letztere abtreten. Die Wohnbaugenossenschaften wollen aber weitermachen und deren Mieterschaft hat gültige Mietverträge. Dass die heutige Debatte im Stadtrat zu spät stattfindet, dürfte allen klar sein. Vor mehr als sieben Jahren wies die IG Biel die Stadt darauf hin, dass die Verhandlungen mit den gemeinnützigen Wohnbauträgern über die Erneuerung der Baurechtsverträge aufgenommen werden sollten. Dass die Vertragsverlängerungen erst jetzt erfolgen, ist für alle Beteiligten schlecht. Der Kapitalwert der an Wohnbaugenossenschaften im Baurecht abgegebenen Bieler Grundstücke soll um 70% erhöht werden. So lautete die gemeinsame Absprache. Für Wohnbaugenossenschaften ist es aber nicht einfach, die Mieten so kurzfristig zu erhöhen. Mietzinserhöhungen können nur aufgrund von wertvermehrenden Investitionen oder einem Anstieg der Teuerung erhoben werden. Die Anpassung der Mietzinse wird für die

Wohnbaugenossenschaften deshalb sicher eine Herausforderung. Da der Eintrag ins Grundbuch verspätet sein wird und um einen Heimfall der Liegenschaften zu vermeiden, hat die Stadt mit den Wohnbaugenossenschaften einen entsprechenden Nachtrag zu den Baurechtsverträgen vereinbart. Nichts desto trotz ist es wichtig, dass der Stadtrat heute die austarierten Verträge annimmt. Die Fraktion SP findet es wichtig, dass inskünftig Änderungen von Baurechtsverträgen und von anderen gemeinsamen Abmachungen, früher angegangen werden. Wohnbaugenossenschaften sind für Biel sehr wichtig. Die Fraktion SP unterstützt das Geschäft trotz der Verspätung.

**Briechle Dennis, Fraktion GLP:** Das vorliegende Geschäft ist die Fortsetzung der Stadtratsdebatte vom 29. Juni 2016 zum Reglement über die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus (SGR 854.1). Die Fraktion GLP unterstützte das Reglement und sie wird auch heute die daraus folgende Anpassung der Baurechtsverträge unterstützen. Die gemeinnützigen Wohnbauträger sind wichtige Player auf dem Bieler Immobilienmarkt. Die Verträge ermöglichen es ihnen, ihren Bestand zu sichern. Sie verpflichten aber auch zur Weiterentwicklung. Die Verträge setzen die richtigen Anreize, damit sich die Wohnbauträger rechtzeitig Gedanken über eine Neuentwicklung oder die Sanierung des bestehenden Bestandes machen. Diese Anreize werden von der Fraktion GLP ausdrücklich unterstützt. Dennoch eine kleine Anmerkung: die Baurechtszinsen sind, vor allem in der zweiten Phase 2032-2048, auf ein Zinsband zwischen 2,5% und 4% beschränkt. Für uns ist dieses Zinsband sehr eng, geht es doch um eine relativ ferne Zukunft. Niemand kann wissen, wie sich das Zinsniveau in den 2040er-Jahren entwickeln wird. Das ist ein Wermutstropfen. Nichts desto trotz wird die Fraktion GLP dem Geschäft wie gesagt zustimmen.

**Güntensperger Nathan, GLP:** Ich war schon immer für das Baurecht, Herr Freuler. Schauen wir bei der Abstimmung zu AGGLOlac, wie es in Nidau aussehen wird...

**Steidle Silvia, directrice des finances:** Je remercie le Conseil de Ville d'avoir bien accepté cette affaire qui découle du Règlement sur l'encouragement de la construction de logements d'utilité publique (Rlog, RDCo 854.1), que vous avez accepté le 29 juin 2016. Je remercie aussi la porte-parole de la Commission de gestion pour sa prise de position très complète et claire sur cette affaire. Je peux informer le Conseil de ville, que depuis l'adoption de ce règlement, de nombreuses discussions et négociations ont été menées avec l'Association régionale des coopératives d'habitation Berne-Soleure ainsi qu'avec la Communauté d'intérêts de Bienne (IG Biel). L'Association régionale a recommandé la signature des contrats, en particulier car le Conseil municipal a apporté la garantie, que les conditions contractuelles de la phase 2 (1.1.2032 - 31.12.2048) seraient retravaillées avec le Groupe de travail "Construction de logement d'utilité publique" (CLUP), en se basant sur les principes énoncés dans une lettre de l'Association régionale des coopératives d'habitation Berne-Soleure, qui est parvenue au Conseil municipal au début du mois de novembre.

À ce jour, plus de la moitié des contrats ont pu être signés par les deux parties. Je profite de leur présence pour remercier Madame Heidi Lüdi d'IG Biel ainsi que Monsieur Jürg Sollberger, Président de l'Association régionale des coopératives d'habitation Berne-Soleure, qui se sont énormément engagés pour trouver des

solutions adéquates pour les coopératives et qui ont accompagné la Direction des finances dans l'élaboration de ces contrats. Je remercie aussi Monsieur Beat Bommer, Responsable du Département des immeubles de la Ville, pour la préparation des contrats ainsi que Madame Kerstin Bücheler, Secrétaire générale à la Direction des finances, pour la préparation de cette affaire. Monsieur Steinmann, vous avez parlé de la majoration de 70% de la dernière valeur du capital. Pour être complet, je précise que le taux d'intérêt initial a été fixé à 2.2% contre 2.5% actuellement. Ce taux a été gelé durant dix ans. Ces conditions seront valables pour les coopératives pour les 15 prochaines années et la phase 2 trouvera ensuite une solution dans une Ordonnance. Je vous remercie de soutenir ce projet.

## Abstimmung

I. Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme des Berichts des Gemeinderates vom 14. November 2016 betreffend «Erneuerung von 9 Baurechtsverträgen mit gemeinnützigen Wohnbauträgern», gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Bst. c der Stadtordnung vom 9. Juni 1996:

1. Die baurechtsweise Abgabe der Grundstücke unter nachgenannter Ziffer 4, Spalte A, Zeile 1-8, wird gemäss dem Nachtrag (Übergangsvertrag) vom 2. November 2016 und Musterbaurechtsvertrag vom 2. November 2016 verlängert.
2. Der verzinsbare Landwert wird für alle 8 Baurechtsverträge für die ersten 15 Jahre mit einem Zuschlag von 75% zum bestehenden Kapitalwert und ab dem 11. bis und mit 15. Jahr mit einem Zuschlag von zusätzlichen 5% festgelegt. Die neuen Kapitalwerte pro Grundstück werden gemäss nachfolgender Ziffer 4, Spalte B, Zeile 1-8 festgelegt.
3. Die Gutschrift der Buchgewinne erfolgt gemäss Tabelle unter nachgenannter Ziffer 4, Spalte C, Zeile 1-8, auf dem Konto 29300.2200 "Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens".
4. Liste der 8 zu erneuernden Baurechtsverträge:

	A			B		C
Zeile	Gbbi.Nr	Adresse / Ortsbezeichnung	Kapitalwert aktuell	Kapitalwert neu (Kap.Wert +75%)	Buchwert	Buchgewinn
<b>Baugenossenschaft Fröhlisberg</b>						
1	4310	Goldgrubenweg 45-59/ Lehmgrubenweg 12-18a	928'230.00	1'624'402.00	928'230.00	696'172.00
<b>Baugenossenschaft im Vogelsang</b>						
2	8065	Mettstrasse 151-151g	583'630.85	1'021'353.00	583'630.85	437'723.15
<b>Baugenossenschaft Monbijou</b>						
3	8253	Orpundstrasse 82-96, Lindenhofstrasse 2, Battenbergweg 55/57	1'560'290.00	2'730'507.00	1'560'290.00	1'170'217.00

<b>Baugenossenschaft Rosengarten</b>						
4	4316	Goldgrubenweg 36/38, Reimannstrasse 15, 25-29	958'558.40	1'677'477.00	958'558.40	718'918.60
<b>Baugenossenschaft Sunneschyn</b>						
5	8099	Bergfeldweg 2-12	977'070.00	1'709'872.00	977'070.00	732'802.00
6	4726	Am Wald 46-54	649'940.00	1'137'395.00	649'940.00	487'455.00
7	4352	Reimannstrasse 17-23	751'114.75	1'314'450.00	751'114.75	563'335.25
8	8442	Reimannstrasse 31-43	803'840.00	1'406'720.00	803'840.00	602'880.00

II. Der Stadtrat von Biel **beschliesst** gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Bst. c der Stadtordnung vom 9. Juni 1996, vorbehältlich des fakultativen Referendums:

1. Die baurechtsweise Abgabe des Grundstücks unter nachgenannter Ziffer 4, wird gemäss dem Nachtrag (Übergangsvertrag) vom 2. November 2016 und Musterbaurechtsvertrag vom 2. November 2016 verlängert.
2. Der verzinsbare Landwert wird für den Baurechtsvertrag für die ersten 15 Jahre mit einem Zuschlag von 75% zum bestehenden Kapitalwert und ab dem 11. bis und mit 15. Jahr mit einem Zuschlag von zusätzlichen 5% festgelegt. Der neue Kapitalwert wird gemäss nachfolgender Ziffer 4, Spalte B, festgelegt.
3. Die Gutschrift des Buchgewinns erfolgt gemäss Ziffer 4, Spalte C, auf dem Konto 29300.2200 "Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens".
4. Zu erneuernder Baurechtsvertrag:

		A		B		C
Zeile	Gbbl.Nr	Adresse / Ortsbezeichnung	Kapitalwert aktuell	Kapitalwert neu (Kap.Wert +75%)	Buchwert	Buchgewinn
	<b>Baugenossenschaft Wytenbach</b>					
1	539	Lisserweg 4-16/Bürenstrasse 25-31a	1'903'260.00	3'330'705.00	1'903'260.00	1'427'445.00

III. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt. Er wird ermächtigt, diese Kompetenz an die zuständige Direktion zu delegieren.

### 163. 20160288 Projekt Neue Arbeitsplatz-Systeme Biel/Bienne (NASB) / Verpflichtungskredit

**Sutter Andreas, GPK:** Im vorliegenden Geschäft geht es um die Genehmigung eines Verpflichtungskredits von CHF 1,215 Mio. und Folgekosten von CHF 227'000. Die GPK diskutierte das Geschäft eingehend und anfangs kontrovers. Hauptfrage war, weshalb die Arbeitsplätze mit dem Betriebssystem Windows 7 ausgestattet werden

sollen. Wie die GPK informiert wurde, gibt es bei der Stadtverwaltung zahlreiche Applikationen, von welchen nicht sicher ist, ob sie Windows 10-tauglich wären. Um die Kompatibilität gewährleisten zu können, sollen die neuen Computer und Laptops deshalb unter Windows 7 laufen. 2018 könnte in einem zweiten Schritt problemlos auf Windows 10 migriert werden. Dannzumal wird klar sein, welche Applikationen mit Windows 10 funktionieren und welche aufdatiert oder ersetzt werden müssen. Die neuen Geräte werden mit Office 2016 laufen. Die Ausschreibung ist korrekt erfolgt und die Abweichung zwischen dem beantragten Verpflichtungskredit und dem Ausschreibungsergebnis gemäss Simap ist klein.

Ein weiterer Diskussionspunkt in der GPK war die Entsorgung. Geplant ist, die bestehenden Computer und Laptops korrekt zu entsorgen, also in Zusammenarbeit mit einer zertifizierten Firma, welche die Geräte zu einem Fixpreis übernimmt. Was sie damit macht, ist ihre Sache. Erfahrungsgemäss wird ein guter Teil direkt entsorgt. Das grosse Problem dabei ist nicht das Schreddern der Harddisc an und für sich, sondern das korrekte Löschen der noch vorhandenen Daten. Bei Geräten, die noch weiterverwendet werden sollen, erfordert dies einen grossen Aufwand. Deshalb ist die Zusammenarbeit mit einer zertifizierten Firma durchaus angebracht. Es reicht nämlich nicht, nur die Zieladresse des Computers auf der Harddisc zu löschen, sondern die Daten müssen effektiv gelöscht werden. Früher wurde die Harddisc magnetisiert, wozu sie aber ausgebaut werden musste. Das geht heute nicht mehr. Deshalb muss die Harddisc innert nützlicher Frist Spur für Spur gelöscht werden. Das ist zeitaufwändig, weshalb die alten Geräte keinen grossen Wert mehr haben. Schlussendlich stimmte die GPK dem Geschäft mehrheitlich zu.

**Grupp Christoph, Fraktion Grüne:** Besten Dank für den vorliegenden Bericht und die Informationsveranstaltung zum vorliegenden Geschäft. Diese fand im Rahmen einer umfassenden Information der Finanzdirektion statt und leider lichteten sich die Reihen, als es zu diesem Geschäft kam, zusehends. Auch ich war nicht mehr anwesend. Trotzdem möchte ich der Finanzdirektion bestens danken für den Aufwand, den sie an diesem Abend betrieben hat. Die Fraktion Grüne ist mit dem vorliegenden Projekt grundsätzlich einverstanden. Ihre Zustimmung macht sie aber davon abhängig, wie mit den alten Datenträgern umgegangen werden soll. Für die Fraktion Grüne sind die sehr sensiblen Daten, die sicherlich auf vielen Rechnern der Stadtverwaltung abgespeichert sind, heikel. Deshalb kann sie dem vorliegenden Geschäft nur zustimmen, wenn in den Vertrag mit der vom GPK-Sprecher erwähnten Firma eine Garantieklausel auf restlose Löschung aller vorhandenen Daten aufgenommen wird. Lediglich die Abstützung auf eine Zertifizierung dieser Firma ist für die Fraktion Grüne nicht ausreichend. Die erwähnte Garantieklausel ist für die Fraktion Grüne die zentrale Bedingung, ohne welche sie dem vorliegenden Geschäft nicht zustimmen kann. Kann diese Klausel noch in den Vertrag aufgenommen werden?

Stirnrunzeln lösten bei der Fraktion Grüne die Roll-out-Kosten von CHF 230'000 aus. Dieser Betrag erscheint ihr sehr hoch, entspricht er doch anderthalb bis zwei Mannjahren. Wieso fallen diese Kosten so hoch aus?

**Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen:** Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen dankt Gemeinderat und Verwaltung für die Zusammenstellung des vorliegenden Geschäfts. Insgesamt werden 880 Arbeitsplatzstationen ersetzt.

Obschon die elementaren Informationen im Bericht stehen, stellen sich der Fraktion SVP/Die Eidgenossen noch die folgenden Fragen:

- Es ist geplant, die Investition über fünf Jahre abzuschreiben. Nun werden aber alle PCs und Notebooks ersetzt, die älter als vierjährig sind. Ist für die neuen Geräte eine Nutzungsdauer von fünf Jahren vorgesehen oder werden sie nach vier Jahren ersetzt werden müssen?
- Offenbar sollen die alten Arbeitsgeräte nach der Datenträgerlöschung in Drittweltländer weitergegeben werden. Dieses Vorhaben ist durchaus löblich. Wurde aber vorgängig abgeklärt, ob nicht auch in der Region ein Bedürfnis besteht, diese Computer an sozial Schwächere weiterzugeben? Sicher gäbe es auch in der Region, im Kanton oder in der Schweiz viele, die sich darüber freuen würden.

Das Geschäft erscheint der Fraktion SVP/Die Eidgenossen etwas teuer. Trotzdem stimmt sie dem Verpflichtungskredit zu.

**Ritter Jeremias, Fraktion GLP:** Die Fraktion GLP unterstützt das vorliegende Geschäft. Auch sie hatte einige offene Fragen, so zum Beispiel, warum nicht direkt Windows 10 installiert werden kann. Auch fragte sie sich, weshalb ein teurer Roll-out-Manager engagiert werden muss, statt diese Arbeiten von der eigenen IT-Abteilung tätigen zu lassen. Und wieso weichen die Zahlen im Bericht derart von den Zahlen in der Ausschreibung ab? Diese Fragen wurden der Fraktion GLP im Vorfeld zur heutigen Stadtratssitzung zu ihrer Zufriedenheit beantwortet. Sie findet es sinnvoll und nötig, die Geräte nach fast fünf Jahren zu ersetzen. Die Fraktion GLP empfiehlt deshalb, das Geschäft anzunehmen.

**Kugathas Sakitha, au nom du Groupe socialiste:** Je souhaite remercier le Conseil municipal pour l'élaboration du rapport sur le projet "Nouveaux systèmes de postes de travail Biel/Bienne". Ce projet est nécessaire puisque les postes de travail datent de cinq ans ou plus. Les ordinateurs et les écrans 24 pouces répondront ainsi aux exigences du matériel informatique actuel, pour un prix raisonnable par poste de travail. La prestation de soutien pour la migration est indispensable pour remplacer 880 postes dans un laps de temps de trois mois. Par contre, au niveau du système d'exploitation, il est prévu d'installer Windows 7 sur ces postes. Comme Monsieur Kaufmann l'a soulevé, ce système arrivera très prochainement en fin de vie et ceci avant l'obsolescence du matériel envisagé à l'achat. Est-il pertinent d'investir dans ce logiciel ou est-ce juste un argument de vente? En tant qu'informaticienne, je suis consciente que le logiciel n'est pas lié au poste de travail et qu'une migration future doit être planifiée. Hormis ce détail, le Groupe socialiste soutient ce projet.

**Steidle Silvia, directrice des finances:** Je vous remercie pour la bonne acceptation de cet objet. Les ordinateurs arrivent en bout de vie et il est nécessaire de les remplacer. Je vous accorde, que le montant nécessaire est important, surtout qu'il faudra les remplacer environ tous les cinq ans, comme Madame Schneider l'a relevé. Le dernier remplacement a eu lieu il y a six ans, mais il faudra, à l'avenir, les remplacer tous les quatre à cinq ans. Il est possible de les donner à des familles bénéficiant du Service social ou dont les moyens sont moindres, mais cela ne serait pas un cadeau de leur remettre de si vieux appareils.

Madame Kugathas, la migration de Windows 7 à 10 se fait en parallèle. Il me semble que vous avez déjà vécu une migration en début de législature et les procédures sont



connues. Le Département Informatique & Logistique (I&L) est au courant que 170 applications de la Ville de Bienne doivent être assurées avec la migration. Il est très important de former les utilisateurs et utilisatrices et c'est pour cette raison que ces travaux seront réalisés en parallèle. Monsieur Grupp vous avez demandé si nous avons la garantie, que toutes les données seraient effectivement effacées. Le contrat le garantit selon le Chef du Département I&L, qui a fait cette présentation. Je vous remercie de soutenir cette affaire.

### **Abstimmung**

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 2. November 2016 betreffend "Projekt Neue Arbeitsplatz-Systeme Biel/Bienne (NASB) / Verpflichtungskredit", gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Für das Projekt Neue Arbeitsplatz-Systeme Biel/Bienne (NASB) wird ein Verpflichtungskredit von CHF 1'215'000 bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Anpassungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Vorhabens nicht verändern. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenz an die zuständige Direktion zu delegieren.

### **164. Dringliche Interpellation 20160209, Pascal Bord, PRR, "Zu viele Leistungsverträge? Haben Gemeinde- und Stadtrat noch genügend Handlungsspielraum?"**

(Text der dringlichen Interpellation und Antwort des Gemeinderates siehe Anhang Nr. 1)

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

**Bord Pascal, PRR:** Je remercie le Conseil municipal pour l'exhaustivité de sa réponse, qui me satisfait. Il est intéressant de voir la longue liste des institutions pour lesquelles la Ville s'est liée sur une certaine durée. Je ne souhaite pas remettre en cause l'une ou l'autre institution, qui a sans doute son utilité. Si les contrats de prestation donnent une sécurité financière aux institutions, cela réduit la liberté de manoeuvre du Conseil municipal et donc également celle du Conseil de Ville. La réforme de l'imposition des entreprises (RIE III) et les mesures d'économies cantonales toucheront la Ville de Bienne dès 2019 et ceci indépendamment du référendum du parti socialiste. "*Diriger c'est prévoir*", il est donc urgent que le Conseil municipal commence très rapidement un plan d'économie, pour faire face à la perte des 15 à 19 mio. fr. mentionnés dans la planification financière. Je ne vais pas vous rappeler que le budget 2017 a dû utiliser un financement spécial, pour absorber la perte prévue. À mon avis, cela sera le grand défi de la prochaine législature. Avec la

nouvelle distribution des sièges, la seule manière d'avoir un succès devant le Peuple sera de trouver des compromis et de mettre fin à cette polarisation des dogmatiques, qu'ils soient de droite ou de gauche. Les partis devraient s'en souvenir lors du choix des postes-clés des groupes et des commissions. C'est un devoir, que le Conseil de Ville a envers ses électeurs et électrices. Pour en revenir à mon interpellation, il serait sage que le Conseil municipal ne prolonge plus les contrats de prestations au-delà de 2018, tant que la planification financière 2020 - 2023, intégrant les pertes des revenus fiscaux, ne présente un certain équilibre. La Direction des finances a un rôle principal de coordination, mais chaque direction doit faire son travail consciencieusement et pas uniquement proposer des mesures alibis. Si un contrat de prestations existe, cela signifie qu'il n'est pas possible de faire des économies dans le département concerné. C'est très pratique en politique, mais cela n'apporte rien à la Ville. Il faut, à mon avis, éviter que seul les employé(e)s fassent les frais du futur plan d'économie, car eux ne sont pas protégés par un contrat de prestations de quatre ans!

**165. Überparteiliche Motion 20160111, Joël Haueter, SVP, Stefan Kaufmann, FDP, Nathan Güntensperger, GLP, Reto Gugger, BDP, "HRM2-konforme Schuldenbremse für die Stadt Biel"**

(Text der überparteilichen Motion und Antwort des Gemeinderates siehe Anhang Nr. 2)

Der Gemeinderat beantragt, die überparteiliche Motion in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.

**Haueter Joël, SVP:** Die städtische Verschuldungssituation ist kritisch. Dazu wurde schon viel gesagt. Trotzdem möchte ich ein paar Zahlen in Erinnerung rufen: Ende 2015 verzeichnete die Stadt ein Fremdkapital von CHF 757 Mio. und der aktuelle Bruttoverschuldungsgrad lag weit über 200%. Für die Zukunft sieht es nicht viel besser aus. Laut Finanzplan 2017 - 2021 sollen jährlich CHF 40 Mio. zusätzliches Fremdkapital aufgenommen werden. Im Budget 2017 sind sogar CHF 50 Mio. zusätzlich vorgesehen. Dem stehen jährliche Einnahmen von rund CHF 350 - 400 Mio. entgegen. Dieser Weg ist falsch und basiert nur auf dem Prinzip Hoffnung. Die aktuelle Zinssituation mit ihren Negativzinsen ist aussergewöhnlich. Trotzdem dürfte allen klar sein, dass eine zunehmende Verschuldung auch zu höheren Zinslasten führt, welche die Erfolgsrechnung mit aktuell jährlich rund CHF 17 Mio. belasten. Die zusätzliche Verschuldung einer Stadt ist meist ein Indiz für übermässige Investitionen. Höhere Investitionen führen auch zu höheren Abschreibungen, was wiederum die Erfolgsrechnung belastet und den städtischen Handlungsspielraum einschränkt. Die Motionäre sind klar der Meinung, es brauche ein Instrument, um die Verschuldung zu kontrollieren. Mit den in der vorliegenden Motion vorgeschlagenen Rahmenbedingungen wäre dies ab 2019 möglich. Diese Frist wurde bewusst gewählt, damit der Gemeinderat vorgängig alles Rechtliche abklären und die Stadt auf die Umsetzung der Schuldenbremse vorbereiten kann. Der Lösungsvorschlag ist aus Sicht der Motionäre einfach, transparent und konjunkturverträglich. Nur ein paar Eckpunkte: im Zentrum steht die Steuerungsgrösse "Saldo vor Finanzierungsrechnung". Dabei geht es im Prinzip ganz einfach um die Sichtweise "Cash in - Cash out". Es soll also nicht mehr Geld ausgegeben als eingenommen

werden. Aus Sicht der Motionäre ist dies die ehrlichste Steuerungsgrösse, weil sie keinen Spielraum für buchhalterische Tricks (wie beispielsweise Entnahmen aus Spezialfinanzierungen) lässt. Ein Pluspunkt ist zudem, dass diese Steuerungsgrösse sowohl durch die laufende Rechnung als auch die Investitionen beeinflusst wird, was eine ganzheitliche Betrachtung der finanziellen Situation voraussetzt. Zudem soll die Schuldenbremse über fünf Jahre betrachtet werden. Damit kann ein schlechtes oder investitionsintensiveres Jahr über die Folgejahre ausgeglichen werden. Unser Vorschlag enthält auch eine Ausnahme für grosse Projekte wie die Tissot Arena, welche den städtischen Handlungsspielraum gestützt auf die Schuldenbremse komplett einschränken würden. Die Entwicklung von grösseren Projekten wäre somit weiterhin möglich. Aus Sicht der Motionäre sind dies die besten Rahmenbedingungen für eine Ausgestaltung und Ausarbeitung der Schuldenbremse. **Deshalb halten sie an der Motion fest.** Ein Postulat ermöglichte keine Lösung, zumal mein ähnliches Postulat 20130316 «Selbstfinanzierungsgrad und Bruttoverschuldungsanteil» seit Jahren hängig ist und nichts passiert. Zudem bräuchte es für die Einführung und Ausgestaltung der Schuldenbremse noch einen Volksentscheid. Ich bitte den Stadtrat, die Motion erheblich zu erklären.

**Augsburger-Brom Dana, Fraktion SP:** Das vorliegende Geschäft gab in der Fraktion SP viel zu diskutieren. In der Beantwortung wird erwähnt, Bund und Kanton hätten ebenfalls eine Schuldenbremse eingeführt. Das sind keine guten Beispiele. Erstens ist der Vergleich zwischen der Stadt und Bund oder Kanton kaum möglich, denn zweitens können Aufgaben nach unten delegieren und haben somit ein leichtes Spiel. Zweitens stellt sich die wichtige Frage, was mit der Schuldenbremse bei Bund und Kanton erreicht werden konnte. Vor ein paar Wochen wies beispielsweise der Nationalrat den Bundesbeschluss über das Budget für das Jahr 2017 zurück... Im Weiteren übersteuert eine Schuldenbremse den demokratischen Prozess. Das finde ich nicht sehr verantwortungsbewusst. Warum sollte die Stadt ihren Handlungsspielraum aus der Hand geben? Was wäre, wenn ein Budget von der Stimmbevölkerung abgelehnt würde? Wie stark wären dann dem Stadtrat bei der Neuerarbeitung des Budgets die Hände gebunden? Ist es vielleicht gar Absicht, sich aus der Verantwortung zu stellen? Schlussendlich lehnte die Fraktion SP die Erheblicherklärung des Vorstosses als Motion einstimmig ab. In Form eines Postulats könnte aber eine grosse Mehrheit damit leben.

**Grupp Christoph, Fraktion Grüne:** Ich schliesse mich den letzten Worten meiner Vorrednerin an. Als Motion ist der vorliegende Vorstoss für die Fraktion Grüne unannehmbar. Als Postulat könnte sicherlich darüber diskutiert werden, dies umso mehr, als ab nächstem Jahr die Stadtordnung überarbeitet wird. Im Rahmen dieser Totalrevision könnten solche Ideen einfließen. Das ist auch der Grund dafür, dass das von Herrn Haueter erwähnte Postulat 20130316 «Selbstfinanzierungsgrad und Bruttoverschuldungsanteil» bisher nicht umgesetzt wurde. Eine Schuldenbremse müsste in der Stadtordnung festgehalten werden. Herr Haueter sagte, die Einführung einer Schuldenbremse würde den Spielraum des Stadtrates einschränken. Damit ist die Fraktion Grüne nicht einverstanden, zumal der Spielraum auch dem Volk genommen würde. Mit einer Schuldenbremse haben Volk und Stadtrat nicht mehr die gleichen Einfluss- und Entscheidungsmöglichkeiten wie ohne. Ich möchte den Rahmen weiter öffnen und das Instrument Schuldenbremse etwas genauer anschauen. Im Moment kennt keine Schweizer Stadt eine Schuldenbremse. Sie wurde nur auf Bundes- und Kantonsebene eingeführt. Auf nationaler Ebene 2003, was einige Turbulenzen nach sich zog. 2003 verschlechterte sich nämlich die Konjunktur

drastisch, was dazu führte, dass das Bundesbudget 2004 einen Fehlbetrag von CHF 4,6 Mrd. auswies. Aus diesem Grund musste der Bundesrat relativ rasch korrigierend eingreifen. So wurden 2008 Ergänzungsregelungen zur Schuldenbremse erlassen und das, meine Damen und Herren, auf einer Stufe wo noch alle Einflussmöglichkeiten auf nationaler Ebene gewahrt sind (im Gegensatz zur Kantons- und Gemeindeebene). Auf Kantonsebene kennt die Schuldenbremse eine Minderheit von 11 Kantonen, darunter auch der Kanton Bern. Aber auch hier gibt es ab und zu Nebengeräusche und Schwierigkeiten bei der Umsetzung. Das Problem ist: je starrer eine Schuldenbremse ausgestaltet ist, desto kleiner wird der finanzpolitische Handlungsspielraum. Dieser schrumpft weiter, wenn die Rahmenbedingungen - wie auf der Ebene einer Stadt - kaum mehr beeinflusst werden können. Die Stadt hat keine Möglichkeiten, die Konjunktur zu beeinflussen. Sie kann keine Programme zur Ankurbelung der Konjunktur lancieren, wie dies auf Bundes- und Kantonsebene möglich ist. Der Stadtrat würde seine Möglichkeiten mit einer Schuldenbremse extrem beschneiden. Er könnte zukünftig gewisse Investitionen nicht mehr tätigen. Zwar müsste die Schuldenbremse gemäss Vorstoss gewisse grössere Investitionen noch zulassen, diese müssten sodann aber umgehend wieder eingeschränkt werden. Der Spielraum des Stadtrats für bereits absehbare städtische Investitionen ist sowieso schon klein, die Schuldenbremse wird ihn noch stärker einschränken. Die Stadt Bern debattierte im Dezember 2015 über die Einführung einer Schuldenbremse. Der Stadtberner FDP-Gemeinderat und Finanzdirektor Alexandre Schmidt sagte damals, es sei nicht sinnvoll, für die Stadt Bern eine Schuldenbremse einzuführen, weil den Gemeinden gestützt auf das (kantonale) Gemeindegesetz (GG; BSG 117.11) bereits heute gewisse Auflagen obliegen, wonach die Verschuldung innert eines gewissen Zeitraumes korrigiert werden muss. Das GG enthält also eine Art Mini-Schuldenbremse auf Gemeindeebene. Zudem gibt es auch einen finanztechnischen Grund, auf die Schuldenbremse zu verzichten: sie legt den Fokus zu stark auf den Budgetierungsprozess. Dieser stellt aber, wie wir alle wissen, nur die halbe Miete dar. Wesentlich ist die Rechnung. Auf diese hat die Schuldenbremse keinen Einfluss. Das heisst, die Schuldenbremse wirkt nur auf einer Ebene, auf welcher sowohl einnahmeseitig als auch ausgabeseitig fast ausschliesslich mit Annahmen und Prognosen gearbeitet werden muss. Der Stadtrat müsste in der Budgetdebatte also auch noch prüfen, ob eine Ausgabe schuldenbremsenkonform ist. Das wird zu langen Diskussionen führen. Statt an technischen Details zu schrauben, sollte der Stadtrat aber auch in Zukunft besser entscheiden, welche Leistungen die Stadt weiterhin erbringen soll kann und welche nicht. Der Fokus sollte auf diese Überlegungen gelegt werden, nicht auf ein technisches Instrument, das keine andere Gemeinde kennt. Biel müsste mit der Schuldenbremse viel Pionierarbeit leisten und der Stadtrat würde sicher etliche Fehler machen. Zur Zeit finde ich die Forderung nach einer Schuldenbremse mittels Motion falsch. Ein Postulat wäre allenfalls der bessere Weg. Damit könnte die Einführung einer Schuldenbremse im Zusammenhang mit der Totalrevision der Stadtordnung geprüft werden. Dies ist nicht einfach eine linke oder grüne Phantasie. Vielmehr möchte ich dazu Herrn Prof. em. Kirchgässner (Universität St. Gallen) zitieren, gegen welchen wohl keine ideologischen Vorbehalten erhoben werden dürften. Er sagte zum Beispiel, die Aufnahme von längerfristigen Krediten durch den Staat sei durchaus sinnvoll, um Infrastrukturprojekte zu realisieren. Das passiert sogar ganz spezifisch auch auf Gemeindeebene: *"Grosse Infrastrukturprojekte, die nicht aus dem laufenden Budget finanziert werden können, betreffen in erster Linie die unteren staatlichen Ebenen; eine (kleine) Gemeinde kann z.B. ein neues Schulhaus nicht aus dem laufenden Budget finanzieren und die Forderung, sie solle diesen Betrag*

*zunächst ansparen, ist genau so wenig sinnvoll, wie wenn man von privaten Eigenheimbesitzern verlangen wollte, dass sie keine Hypotheken aufnehmen dürfen, sondern den gesamten Betrag erst ansparen müssen."* Die Fraktion Grüne kam zum Schluss, dass geprüft werden muss, wie die Stadt ihre Verschuldung reduzieren kann. Die Schuldenbremse in der vorgeschlagenen Art und Weise ist aber ein zu starres Instrument, das dem Stadtrat auch noch die wenigen finanziellen Spielräume, die er noch hat, entziehen würde. Deshalb kann sie dessen Anliegen als Motion nicht unterstützen.

**Güntensperger Nathan, GLP:** Die Fraktion GLP dankt dem Gemeinderat für die vorliegende Beantwortung, welche die Problemstellung bei den Stadtfinanzen erkennt. Der Stadtrat kämpft seit Jahren für eine Genesung der städtischen Finanzsituation, kommt aber nicht wirklich weiter. Gemäss Finanzplan 2017 - 2021 vom letzten Oktober wird sich die Stadt in den nächsten vier Jahren um rund CHF 170 Mio. neuverschulden, weil das Investitionsvolumen auf jährlich rund CHF 40 Mio. erhöht werden soll. Im ursprünglichen Investitionsprogramm waren jährlich rund CHF 20 Mio. vorgesehen, dies bei einem Defizit von rund CHF 10 Mio. in der laufenden Rechnung. Somit resultierte dadurch eigentlich eine Finanzierungslücke von rund CHF 30 Mio. pro Jahr! Aus diesem Grund ist es der Fraktion GLP wichtig, dem Gemeinderat ein Instrument in die Hand zu geben, um Massnahmen gegen die städtische Verschuldung zu ergreifen und diese auch gegenüber dem Stadtrat durchsetzen zu können. Das Argument des Gemeinderats, wonach der Kanton gemäss Art. 74 Abs. 1 des Gemeindegesetzes (GG; BSG 117.11) bereits vorschreibt, dass Bilanzfehlbeträge innert 8 Jahren zu kompensieren sind, ist aus unserer Sicht ungenügend, weil dabei der Verschuldung nicht ausreichend Rechnung getragen wird. Da Investitionen in prinzipiell unverkäufliches Verwaltungsvermögen bilanztechnisch gleich behandelt werden wie Investitionen ins Finanzvermögen, sind die Investitionen in der laufenden Rechnung nicht erfolgsrelevant. Das heisst, die Stadt kann selbst bei einem Bilanzfehlbetrag Geld aufnehmen und sich weiter verschulden. Auch das Argument, die Volksrechte würden übersteuert, erachtet die Fraktion GLP nicht als kritisch. Es ist ja nicht so, dass mit dem Inkrafttreten einer Schuldenbremse irgendwo Geld eingespart wird oder automatisch die Steuern erhöht würden. Vielmehr müsste diesfalls der Gemeinderat entscheiden, ob und wenn ja, wo er Geld einsparen und ob er die Steuern erhöhen will. Genau dies hat er für die Debatte zur nachhaltigen Haushaltsanierung getan. Eine Schuldenbremse verpflichtete den Gemeinderat ab einer gewissen Verschuldung, Gegenmassnahmen zu ergreifen. Die aktuelle finanzielle Situation und der Ausblick in die Zukunft mit rund CHF 900 Mio. Schulden am Ende der nächsten Legislatur erlauben es unserer Meinung nach nicht, den vorliegenden Vorstoss nur als Postulat zu überweisen. Wir finden, dass hier und jetzt gehandelt werden muss.

Nun habe ich noch ein paar Bemerkungen zu den Voten von Frau Augsburg-Brom und Herrn Grupp. Der Handlungsspielraum des Stadtrates muss eingeschränkt werden, wie gerade das vorhergehende Geschäft gezeigt hat. Dieses wäre mit einer Schuldenbremse nicht durchgekommen. Der Stadtrat hätte es nicht durchwinken können und die Stadt würde nun nicht jedes Jahr x-tausend Franken rückwärts machen, ohne dass sich die Investition jemals rechnet. Auf kantonaler und eidgenössischer Ebene brachte die Schuldenbremse viel. Bund und Kanton bauten in den letzten zehn Jahren massiv Schulden ab. Die Schuldenbremse würde vom Gemeinderat erarbeitet. Sie wäre nicht starr, Herr Grupp. Es käme ganz darauf an,

wie starr der Gemeinderat diese vorsieht und das Volk könnte darüber abstimmen. Wer weiss, vielleicht will es sie. Mit einer Schuldenbremse müssten Stadtrat und Verwaltung bei gewissen Geschäften halt etwas kreativer werden und diese nicht nur nach dem Reissbrett bearbeiten, so wie ich es am Beispiel des Parc Cafés erwähnt habe. Das Gebäude hätte verschenkt werden können und für die Nutzung des Landes hätte die Stadt Baurechtszins kassieren können. Das wäre am Schluss sicher billiger gewesen als das jetzt verabschiedete Projekt... Es wurde gesagt, keine andere Stadt kenne eine Schuldenbremse. Das stimmt. Es hat aber auch keine andere Stadt so hohe Schulden wie Biel...

**Kaufmann Stefan, FDP:** Zur technischen Ausgestaltung der Schuldenbremse wurde bereits viel gesagt. Die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU ist für die Erheblicherklärung der Motion. Sie ist überzeugt, dass ein Postulat nicht genügt. Der Stadtrat sieht sich immer wieder konfrontiert mit Geschäften und Investitionen, über die sehr kurzfristig entschieden werden muss und deren Nutzen unklar ist. Die Stadt braucht heute zwingend Instrumente, die den Gemeinderat dazu bringen, bei der Ausarbeitung des Geschäfts über dessen Notwendigkeit zu reflektieren. Die städtische Verschuldung steigt 2017 nochmals um rund CHF 1'000 pro EinwohnerIn an. Ich bin sicher, dass niemand weiss, worüber mit dem Budget genau abgestimmt wurde. Auch wird niemand sagen, die Stadt verfüge über ein ausgeglichenes Budget. Vielmehr weist dieses ein Defizit von CHF 10 Mio. und eine zusätzliche Neuverschuldung von CHF 40 Mio. aus. Es resultiert also eine Neuverschuldung von insgesamt CHF 50 Mio.! Das weiss das Stimmvolk nicht. Deshalb liegt es in der Verantwortung des Parlaments, mit den finanziellen Mitteln nachhaltig umzugehen. Damit appelliere ich an die Parteien, die sich sonst auch immer für Nachhaltigkeit einsetzen. Der Stadtrat war bisher sehr fahrlässig. Er hinterlässt der nächsten Generation einen nicht mehr handhabbaren Schuldenberg. Wie sinnvoll ist das? Sicher ist es wichtig, dass die Stadt notwendige Investitionen tätigen kann. Ich bin aber überzeugt, dass nicht alle getätigten Investitionen wirklich notwendig sind. Deshalb brauchen Stadt- und Gemeinderat ein Instrument, um die Verschuldung einzudämmen. Das Anliegen der vorliegenden Motion ist das einzig richtige Mittel dazu.

**Steinmann Alfred, SP:** "Schuldenbremse" tönt zwar gut. Aber damit sollen die Entscheide von Stadtrat und Volk ausgehebelt werden. Das Investitionsvolumen soll auf maximal CHF 40 Mio. pro Jahr beschränkt werden. Dadurch dürfte dieser Betrag auch in Ausnahmefällen nicht überschritten werden. Eine solch fixe Zahl finde ich immer problematisch, denn in zehn Jahren sind CHF 40 Mio. vielleicht nur noch halb so viel wert wie heute. Ich erinnere zudem an die verkehrlich flankierenden Massnahmen (vfM), die allein zwischen CHF 20 und 30 Mio. kosten werden. Sobald diese umgesetzt werden, könnten also keine weiteren Investitionen getätigt werden. Oder würden die vfM dann einfach nicht umgesetzt?! Dies würde zu einem riesigen Verkehrschaos führen! Die öffentliche Hand muss gerade in schwierigen Zeiten antizyklisch handeln können. Das ist auch im Interesse der Unternehmungen, insbesondere der KMU. Ein Projekt wie die Tissot Arena, das mehr als CHF 70 Mio. gekostet hat, würde durch eine Schuldenbremse verunmöglicht. Ich möchte vom Gemeinderat wissen, ob in nächster Zeit Projekte absehbar sind, die mehr als CHF 40 Mio. kosten. Die vorliegende Motion kann ich nicht unterstützen.

**Augsburger-Brom Dana, SP:** Herr Güntensperger sagte, der Grossrat habe dank Schuldenbremse kantonale Schulden abbauen können. Meine Frage, was mit der

Schuldenbremse bei Bund und Kanton erreicht wurde, bezog sich aber auf die Auswirkungen für die BewohnerInnen unseres Kantons. Mir geht es nicht allein um die Rechnung des Kantons, der seine Aufgaben einfach an die Gemeinden weitergibt. Die Frage nach den Resultaten der Schuldenbremse geht für mich weiter. Welche Auswirkungen hat sie zum Beispiel auf das kantonale Personal, das Gesundheitssystem, die Bildung, die Infrastruktur, den Service public, die Kultur, die Lebensqualität? Solche Aspekte sind für mich wichtig. In dieser Hinsicht wirkte sich die kantonale Schuldenbremse sicher nicht positiv aus. In den Jahren mit Schuldenbremse wurden in der Schweiz Millionäre zu Milliarden und es wurden weiterhin unnötige Steuergeschenke gemacht. Es wurde also einseitig gespart. Aus meiner Sicht ist das Resultat des Instruments Schuldenbremse unbefriedigend.

**Gugger Reto, BDP:** Wie ich höre, muss die Schuldenbremse offenbar etwas wahnsinnig Schlimmes sein, das der Stadt den Atem nimmt und keine Investitionen mehr zulässt. Die Motion fordert aber, dass weiterhin jährlich CHF 20 - 40 Mio. investiert werden. Für grosse, wichtige Investitionen soll der Stadtrat weiterhin Ausnahmen vorsehen können. Vielleicht lohnt sich ein Blick in den Finanzplan 2017 - 2021, den der Stadtrat vor Kurzem zur Kenntnis nahm. Darin plant der Gemeinderat mit Nettoinvestitionen von genau CHF 40 Mio. Alles, was im Finanzplan vorgesehen ist, kann somit auch mit der geforderten Schuldenbremse realisiert werden. Der Stadtrat legt sich damit keine Steine in den Weg und er wirft auch nicht alles Geplante über den Haufen. Spannend finde ich auch einen Blick auf die verkehrlich flankierenden Massnahmen zur A5, die mit voraussichtlich CHF 34 Mio. zu Buche schlagen. Glücklicherweise sollen diese aber nicht alle im gleichen Jahr realisiert werden, sondern, wie im Finanzplan vorgesehen, gestaffelt über mehrere Jahre. Ich sehe deshalb keinen Grund, sich gegen eine Schuldenbremse zu wehren, es sei denn, der Finanzplan solle nicht eingehalten und das Geld mit beiden Händen zum Fenster hinausgeworfen werden. Wenn die Stadt vernünftig und wie vorgesehen weiter wirtschaftet, würde die Schuldenbremse bei den CHF 20 - 40 Mio. Nettoinvestitionen gar nie spürbar sein. Deshalb stimme ich der geforderten Schuldenbremse vorbehaltlos zu.

**Haueter Joël, SVP:** Ich möchte Herrn Grupp antworten. Die vorliegende Motion könnte gut mit der Totalrevision der Stadtordnung umgesetzt werden, denn die Schuldenbremse soll ja erst 2019 in Kraft treten. Im Weiteren behauptete Herr Grupp, ich hätte gesagt, die Schuldenbremse raube dem Stadtrat den finanzpolitischen Spielraum. Ich aber sagte im Gegenteil, die Verschuldung raube dem Stadtrat den finanzpolitischen Spielraum. Kurzfristig mag die Schuldenbremse die Stadt etwas einschränken. Mittelfristig wird sie ihr aber Spielraum eröffnen. Ich bin davon überzeugt, dass die Stadt ohne Schuldenbremse sehr bald keinen Spielraum mehr haben wird und der Regierungsrat gestützt auf Art. 74 des Gemeindegesetzes (BSG 170.11) das städtische Budget und die Steueranlage festlegen wird. Zudem zitierte Herr Grupp Prof. em. Kirchgässner, wonach eine Schuldenbremse bei grossen Infrastrukturprojekten keinen Sinn macht. Die Motion sieht aber vor, dass der Stadtrat für grosse Investitionen Ausnahmen gewähren kann. Grosse Infrastrukturprojekte sind somit weiterhin möglich. Herr Grupp erwähnte auch, dass es in der Schweiz keine Städte oder Gemeinden mit Schuldenbremse gebe. Ich möchte darauf hinweisen, dass beispielsweise die Gemeinde Binningen seit 1999 eine Schuldenbremse hat. Diese diente auch als Vorlage für die vorliegende Motion. Auch Burgdorf oder Zollikofen kennen eine Art Schuldenbremse. Natürlich ist das

Instrument bei jeder Gemeinde je nach Problemsituation anders ausgestaltet. Eine Schuldenbremse auf Gemeindeebene wäre aber jedenfalls kein Novum.

**Baltzer Niklaus, SP:** Ich finde, "Schuldenbremse" tönt gut. Ich möchte aber wissen, wie sich eine Stadt weiterentwickeln soll, wenn die Schuldenbremse angezogen wird. Sollen beispielsweise Schulhäuser ohne Heizungen gebaut werden? Irgendwo müsste ja dann gespart werden... In welcher Qualität soll gebaut werden? So billig wie möglich? Einer der Hauptgründe für die Erhöhung der jährlichen Investitionen auf CHF 40 Mio. sind die notwendigen und geplanten Investitionen in Schulhäuser. Dieser Betrag wurde also nicht aus dem hohlen Bauch heraus erhöht. Mit einer Schuldenbremse befürchte ich negative Effekte wie Qualitätseinbussen bei städtischen Projekten. Auch bezüglich der Stadtentwicklung habe ich grosse Bedenken. Es wird einfacher sein zu argumentieren, es solle nur noch in Schulhäuser investiert werden und nicht mehr in Plätze oder andere Stadtentwicklungsprojekte. Das macht mir Sorgen. Schlussendlich ist es die Fortentwicklung der Stadt, die Menschen dazu bewegt, nach Biel zu kommen, nicht nur der finanzielle Aspekt.

**Freuler Fritz, Grüne:** Ich teile die Sorgen der Motionäre um die städtischen Finanzen. Selbstverständlich ist es wünschenswert, dass wenn jemand im Restaurant seine Konsumationen selber bezahlt. Es ist auch wunderbar, dass Private einen Hausbau oder eine Firmenerweiterung selber finanzieren. Dafür bin ich auch zu haben. Es entspricht aber nicht der Realität. Ich bin erstaunt, dass die Motionäre die städtischen Finanzen immer wieder mit der Privatwirtschaft vergleichen. Schauen Sie sich die Privatwirtschaft und ihre Verschuldungssituation einmal an! Selbstverständlich teile ich die Ansicht, dass es ungesund ist, wenn Konsum zu Verschuldung führt. Ich finde es nicht gut, dass jedes zweite Auto geleast ist und somit einer Bank oder einem Finanzierungsinstitut gehört. Ich befürworte auch nicht, dass die Konsumkredite stetig ansteigen. Warum sprechen die Motionäre aber nicht davon, dass das von ihnen immer verteidigte Wirtschaftssystem genau von dieser Kreditwirtschaft lebt? Wenn nicht so viele Kredite gesprochen würden, befände sich die Schweiz in einer riesigen Krise. Dass in Biel viel gebaut wird, finden alle gut. Bauwirtschaft, Immobilienwirtschaft und Banken geht es gut. Gemäss den Zahlen der Schweizerischen Nationalbank betrug das Hypothekarvolumen 2005 CHF 580 Mrd. Bis 2016 stieg es auf CHF 980 Mrd. an. In den letzten zehn Jahren hat sich die Immobilienwirtschaft somit um weitere CHF 400 Mrd. verschuldet. Ist jemand dagegen? Wenn die Stadt baut, investiert sie vor allem in Schulhäuser. Die Motionäre sagen, sie wollten keinen Schuldenberg hinterlassen. Wollen Sie dann Kinder hinterlassen, die nicht zur Schule gehen können? Ich verstehe diese Logik nicht.

**Briechle Dennis, GLP:** Einige Voten haben mich zu einer Reaktion provoziert. Offenbar hat Herr Steinmann den Motionstext nicht gelesen. Dieser ist allgemein gehalten, so dass der Stadtrat eine gewisse Umsetzungsfreiheit behält. Zudem sind *"für grosse, übergeordnete Investitionen [...] Ausnahmen vorzusehen, welche durch den Stadtrat festzulegen sind."* Sollte also eine Mehrheit im Stadtrat ein grosses, übergeordnetes Projekt als notwendig erachten, könnte dieses realisiert werden. Herr Baltzer, ich glaube, der Stadtrat ist sich darin einig, dass Schulhäuser - selbstverständlich inklusive Heizung - prioritär zu realisieren sind. Wahrscheinlich könnte eher auf ein Park Café verzichtet werden... Die Schuldenbremse würde auch dazu führen, dass bei der Sanierung von Schulhäusern etwas genauer hingeschaut und günstiger gebaut wird. Herr Freuler erwähnte die Privatwirtschaft, die sich bei den



Kreditinstituten stark verschuldet. Was tut denn die Stadt, wenn sie sich verschuldet? Auch sie geht zu den Kreditinstituten und Banken und macht sich damit Schritt für Schritt noch stärker von diesen abhängig. Das ist genau das, was Herr Freuler bei der Privatwirtschaft angeprangert hat. Wo ist da die Logik? Von linker Seite wurden viele Argumente gegen eine Schuldenbremse vorgebracht, die ich zum Teil nachvollziehen kann. Aus den Voten wird klar, dass die Linke keine Schuldenbremse will. Gleichzeitig sagten aber einige, ihre Fraktion würde den Vorstoss als Postulat allenfalls unterstützen. Ich glaube kaum, dass diese Fraktionen dann auch bei der Umsetzung des Postulates mitziehen würden...

**Suter Daniel, PRR:** Le scepticisme qui est exprimé concernant le frein à l'endettement est compréhensible. En effet, à ma connaissance, il est assez unique d'introduire un tel instrument dans son arsenal de politique financière. De plus, il existe un contrôle des finances par le Canton, qui supervise de manière étroite et qui réagit lors d'un découvert de bilan. Il est aussi vrai, que la question de l'efficacité peut être remise en question, lorsqu'on voit ce qui s'est passé aux Chambres fédérales où des assouplissements sont décidés, dès que les discussions deviennent difficiles. Je partage l'avis, qui a été exprimé, que cela ne peut pas être un mécanisme qui enlève la responsabilité au Conseil municipal d'équilibrer les comptes. La situation financière de la Ville demande des mesures. Lors de l'examen du plan financier, une personne a demandé à cette tribune, ce qu'il était envisageable de faire pour éviter une augmentation des dettes de 40 à 50 mio. fr. par année, jusqu'en 2021. La réponse à cette question est qu'il faut tout mettre en oeuvre pour inverser cette tendance. Le défi est lancé, en premier lieu au Conseil municipal, de proposer une solution au Conseil de ville. La proposition des intervenants reste tout à fait raisonnable car ils demandent, sur une moyenne de cinq ans, un degré d'autofinancement de minimum 80% ou une quotité d'endettement nette de 100 à 150%. Il ne faudrait pas stopper les investissements, car cela n'arrangerait rien. Je vous encourage à accepter la proposition de transformer la motion en postulat.

**Steidle Silvia, directrice des finances:** Le fait que des mesures sont nécessaires pour freiner l'endettement n'est pas contesté ce soir. Le Conseil municipal estime, qu'il est nécessaire d'analyser en détail les éléments pertinents pour mettre un frein à l'endettement, tout en laissant une marche de manoeuvre nécessaire au développement de la Ville. Il faut penser aux conséquences dans leur globalité et je ne crois pas que ça soit clair pour tout le monde. En effet, ce soir, les discussions ont été tournées sur le fait de freiner les investissements, mais pour les autofinancer, comme le fait la ville de Lucerne, cela entraîne une augmentation d'impôts ou la vente de patrimoine financier. C'est pour cela que les mesures, sanctions, exceptions et compétences respectives doivent être proposées en connaissance de cause. Le Conseil municipal a déjà inscrit ce travail dans le cadre de la révision totale du Règlement de la Ville, qui sera accompagnée politiquement. Le Conseil municipal recommande donc au Conseil de Ville de transformer la motion en postulat et de l'adopter en tant que tel.

### **Abstimmung**

- über den Antrag der Motionäre, den Vorstoss als Motion erheblich zu erklären

**Der Antrag wird angenommen.**

**166. Überparteiliches Postulat 20160112, Nathan Güntensperger, GLP, Niels Arnold, SP, Peter Bohnenblust, FDP, Reto Gugger, BDP, Urs Känzig, Grüne und Joël Haueter, SVP, "Informationsveranstaltungen des Gemeinderates zuerst für den Stadtrat"**

(Text des überparteilichen Postulats und Antwort des Gemeinderates siehe Anhang Nr. 3)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

**Güntensperger Nathan, GLP:** Ich danke dem Gemeinderat für die positive Aufnahme des vorliegenden Postulats. Vielleicht war es ein Fehler, im Postulat zu fordern, dass der Stadtrat vor den Medien oder allenfalls gleichzeitig wie diese über anstehende Geschäfte informiert werden soll. Eigentlich wäre es gut, wenn der Stadtrat immer vor den Medien informiert würde. Wird er nämlich zu knapp vor den Medien informiert, reicht die Zeit für Milizpolitiker oft nicht, sich eine fundierte Meinung zu bilden, in der Fraktion eine konsolidierte Haltung zu erarbeiten und danach der Presse Auskunft zu geben. Schliesslich haben die meisten von uns eine Familie, eine Arbeit und manchmal etwas Freizeit. Die Postulanten fordern den Gemeinderat auf, dem Stadtrat für die Aufarbeitung der Informationen etwas mehr Zeit einzuräumen als den Profis von der Presse, die genau dafür angestellt sind und über die entsprechenden Zeitressourcen verfügen sollten. **Die Postulanten beantragen daher, das Postulat erheblich zu erklären, dieses aber noch nicht abzuschreiben.** Zwar haben sie im Zusammenhang mit dem vorliegenden Postulat keine weiteren Forderungen, möchten aber vor der Abschreibung sicherstellen, dass der Gemeinderat ihr Anliegen auch wirklich umsetzt.

**Fehr Erich, Stadtpräsident:** Der Gemeinderat tut, was er kann. Immer wird er den Stadtrat aber nicht vor den Medien informieren können. Oftmals gilt es noch andere Parameter zu beachten. So können in einem Projekt beispielsweise der Bund, der Kanton oder ein privater Investor eingebunden sein. Zudem gibt es in Biel eine Wochenzeitung, die wünscht, dass alle städtischen Medieninformationen auf einen Dienstagmorgen fallen. So gibt es verschiedene Bedürfnisse... Sobald aber die Stadtratsakten verschickt sind, kann die Behandlung der Geschäfte in den Medien nicht beliebig lange eingeschränkt werden. All diese Aspekte machen die Terminierung der Stadtratsinformationen oftmals etwas kompliziert. Wenn ein Termin nicht befriedigt, muss er im Einzelfall überprüft werden. Jedenfalls möchte ich dem Stadtrat beliebt machen, das vorliegende Postulat abzuschreiben, ansonsten erscheint es einfach alle zwei Jahre in den Fristverlängerungen. Speziell die Fraktion GLP ist ja sonst immer gegen unnötige Bürokratie. Deshalb ging ich davon aus, dass die Postulanten mit einer Abschreibung einverstanden wären...

**Güntensperger Nathan, Fraktion GLP:** Nach diesen Ausführungen akzeptieren die Postulanten die Abschreibung. **Sie ziehen ihren Antrag zurück.**

**Der Antrag des Gemeinderats wird nicht mehr bestritten.**

**167. Interpellation 20160113, Alain Pichard, GLP, "Einbruchserie in den Bieler Schulen"**

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderates siehe Anhang Nr. 4)

Der Interpellant ist von der Antwort **befriedigt**.

**Hadorn Werner, Stadtratspräsident:** Herr Pichard verlangt das Wort nicht. Er ist von der Antwort befriedigt.

**168. Interpellation 20160114, Caroline Jean-Quartier, Fraktion SP, "Projekt "Ensemble", wie viel politische Information und welche Kosten für welche(s) Resultat(e)?"**

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderates siehe Anhang Nr. 5)

Die Interpellantin ist von der Antwort **nicht befriedigt**.

**Jean-Quartier Caroline, au nom du Groupe socialiste:** Le projet "Ensemble" est l'intégration sociale de jeunes enfants de 5 à 12 ans issus de la migration et défavorisés tant au niveau social que de la formation. Les tandems souhaités devaient permettre de mettre en lien des enfants et des seniors afin de passer des moments ludiques, qui permettaient de les accompagner dans le domaine scolaire. C'est un beau projet mais qui n'a malheureusement jamais été réalisé. En effet, sa préparation a été catastrophique, tant au niveau du travail en réseau qu'au niveau financier. Je souhaite maintenant revenir sur les différentes questions que j'ai posées et surtout sur les réponses qui en découlent.

Grâce à la première réponse, on apprend que quinze binômes étaient prévus dans chaque langue. Si c'est effectivement trente binômes qui devaient être constitués, je dois dire qu'il s'agit d'un tout petit projet et qu'il n'était pas très ambitieux. À quoi bon mettre sur pied un tel projet communal s'il ne doit concerner que trente binômes! Ces derniers devaient être constitués d'enfants de familles migrantes et de seniors bénévoles. On se demande donc pourquoi l'Association "Benevol Bienne-Seeland" n'a pas été approchée, afin que des seniors puissent proposer leurs services. En effet, cette association a le réseau nécessaire pour atteindre des bénévoles et il est donc triste et flagrant de constater, que la Direction de l'action sociale et de la sécurité (ASS) n'ait pas eu le réflexe de prendre contact avec cette association. Je précise donc, que cette situation démontre clairement le manque de connaissance du réseau.

À ma deuxième question qui était de savoir pourquoi l'ASS avait ignoré la préexistence du projet "mit mir - avec moi", il a été répondu que le travail des associations est connu uniquement par l'intermédiaire des médias. En résumé, si les médias parlent de votre projet vous serez connu de l'ASS, sinon désolé pour vous et passez votre chemin, car on ne vous connaît pas! Cette réponse démontre clairement le problème d'information et de connaissance du réseau. Je souhaiterais que l'on m'explique la phrase suivante: "*Ce n'est que lors du lancement du projet "Ensemble"*

*que les organisations telles que Multimondo, Croix-Rouge suisse et effe ont informé de l'existence du projet «mit mir - avec moi»". Ces organisations n'ont donc pas été contactées préalablement, comme le Conseil municipal le dit plus bas dans sa réponse, bizarre! J'aimerais maintenant que l'on m'explique la différence entre un projet, je cite qui : "Concerne surtout des familles subissant des changements tels que divorce, maladie de longue durée, chômage ou issus de la migration." et un autre projet axé, je cite à nouveau: "sur des familles ayant un faible niveau de formation et désavantagées sur le plan social, surtout d'origine migratoire. Il souhaite soutenir l'intégration sociale et le niveau de formation ainsi que la mixité culturelle des enfants".*

Pour revenir aux chiffres cités dans la réponse à ma troisième question relative aux études sur les besoins préalablement faites avant le lancement du projet, j'ai dû demander des compléments afin de les comprendre. En effet, la réponse laisse sous-entendre qu'une grande proportion des ressortissants étrangers doit être soutenue en vue de leur intégration. Il convient de ne pas oublier, que la Suisse accueille de nombreux étrangers, dont une grande proportion vient d'Europe et en particulier d'Allemagne et de France. Je ne suis donc pas certaine, que ceux-ci aient besoin d'accompagnement en vue de leur intégration. Il est malheureux que cette réponse soit qu'amalgames et préjugés! En effet, entre les deux premiers paragraphes la base de données n'est plus la même. Le premier paragraphe présente la population résidente suisse permanente qui a un passé migratoire (qui a immigré en Suisse ou dont les parents sont venus s'installer en Suisse) et le deuxième se concentre sur les ressortissants des pays tiers, dont ceux de l'Union européenne (UE) et de l'Association européenne de libre-échange (AELE). Il est donc évident, que les personnes dont on parle dans le second paragraphe aient moins de connaissance en langues nationales et culturelles, puisqu'elles viennent de pays plus lointains, avec d'autres us et coutumes. On compare donc des jeunes venant de plus loin et de bons petits suisses! La comparaison est en porte-à-faux, car elle oublie les jeunes résidents suisses permanents.

J'en arrive à la question 5 qui demandait comment faire connaître le réseau prévu pour trouver des parrains/marraines et toucher les familles concernées. On me répond qu'il incombait à la Fondation GAD de trouver des mentors et de les intégrer au programme. On se demande donc pourquoi cela n'a donc pas fonctionné. À mon avis et selon le bon sens, il est important de faire une évaluation rapide lorsqu'un projet est boiteux dès son lancement, afin de modifier les paramètres qui ne fonctionnent pas. Où est le réseau? Avez-vous et travaillez-vous seuls dans vos bureaux? D'où venait la demande d'un tel projet, s'il y a si peu d'intéressés, tant aux niveaux des familles que des parrains/marraines? Il me semble, pour qu'un tel projet soit mis en place, qu'une demande établie doit exister et être quantifiable.

Les réponses aux questions 6 et 7 relatives au financement de ce projet sont du même acabit. Il est expliqué que ce projet a coûté uniquement 760 fr. à la Ville. Pour ce prix, qui a travaillé pour la coordination et qui a pris les contacts avec le réseau? C'est du bénévolat. Si on prend en compte une contribution unique de démarrage de 19'500 fr. versée à la Fondation GAD et le travail investi, on ne peut pas considérer ce projet comme anodin. Qui prend les décisions et qui est donc le capitaine du navire?

À la question 8 on me répond que la communication en grande pompe par l'ASS, lors du lancement du projet, était souhaitée. Ceci dans le but de faire connaître le projet à un large cercle de personnes. Donc, je ne comprends pas pourquoi dans les réponses précédentes il est expliqué, que les compétences pour ce projet sont toutes détenues par la Fondation GAD. Pourquoi ce projet n'a-t'il pas pu être lancé de manière adéquate? Il ne reste plus qu'à constater que lorsqu'un projet fonctionne c'est grâce à l'ASS et dans le cas contraire, c'est le problème de la Fondation GAD.

Je vous demandais, à la question 9, quels projets étaient en cours, ceci au sens large du terme et non uniquement en pensant aux projets de parrainage. Je vous pose donc à nouveau la question ce soir: Y a-t'il d'autres projets envisagés par l'ASS?

Pour conclure, le projet "Ensemble" est un projet lancé en grande pompe, qui n'est pas suivi et donc pas évalué. J'aimerais vous demander quelles réflexions l'ASS s'est faites lors de l'échec de ce projet et du processus pour l'éventuelle mise sur pied? Pour ma part, j'ai l'impression que ce projet était un alibi pour faire croire que la Ville s'occupe de la migration. Finalement, on ne peut que constater qu'il n'y a pas eu d'évaluation du pré-projet et qu'il n'y avait pas de demande précise pour un tel projet. Je note également qu'il y a désespérément un manque de connaissance du réseau local et régional. Je vous remercie d'éclaircir ces quelques questions encore ouvertes.

**Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit:** Besten Dank für diese Replik auf die gemeinderätliche Antwort. Wie Sie erwähnt haben, Frau Jean-Quartier, c'était un bon projet. Ich persönlich bin immer noch überzeugt davon, dass es sich beim Projekt «Ensemble» um ein gutes Projekt handelte. Sie haben aber ebenfalls darauf hingewiesen, Frau Jean-Quartier, dass es auch ein anderes, ähnliches Projekt «mit mir - avec moi» gibt. Allerdings haben wir das damals noch nicht erkannt, obwohl wir durchaus Abklärungen getroffen hatten. Allwissend ist aber auch die städtische Verwaltung nicht, das ist klar und sicher auch nachvollziehbar. Das Projekt «mit mir - avec moi» ist aber wie gesagt ein ähnliches Projekt wie das «Ensemble» und wir klären derzeit ab, ob es nicht auf eine breitere und stärkere Basis abgestellt werden kann. Die Direktion Soziales und Sicherheit ist überzeugt, dass ein solches Projekt notwendig ist, gerade in Anbetracht der hohen Soziallasten in Biel. Ob es weitere solche Projekte gibt? Selbstverständlich gibt es immer wieder solche Projekte. Einzelne davon haben wir auch dem Stadtrat schon vorgestellt, beispielsweise aus dem Bereich Integration oder der Frühförderung im Schulbereich von Herrn Némitz oder aus anderen betroffenen Direktionen. Solche Projekte werden wir immer wieder lancieren und abklären. Natürlich müssen die Abklärungen jeweils adäquat getätigt werden. Dem Stadtrat heute Abend aber eine "allgemeine Formel" zu erläutern, wie solche Abklärungen abzulaufen haben, ist mir nicht möglich, weil die Ausgangslagen und Fragestellungen jeweils ganz unterschiedlich sind. Kurz zusammengefasst: Das Projekt «Ensemble» hat leider "keine Flügel bekommen" und konnte nicht umgesetzt werden aus Gründen, die nicht im Einflussbereich des Gemeinderats liegen. Ich bedaure das, denke aber, dass es normal ist, dass einzelne Projekte aus solchen Ideen manchmal gut laufen und andere eben nicht. Das gilt es in Kauf zu nehmen. Die Kosten für das Projekt «Ensemble» waren aber wie erwähnt relativ gering. Selbstverständlich fielen aber Personalkosten an, denn es wurden durch meine Mitarbeitenden relativ umfangreiche Abklärungen getätigt. Das zeigt auch, dass die Direktion die Aufgabe ernst genommen hat und nicht einfach nur oberflächlich anging.

**169. Interpellation 20160115, Glenda Gonzalez, Fraktion SP, "Verlegung des Flohmarkts ausserhalb der Altstadt, wie verlief der Entscheidungsprozess?"**

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderates siehe Anhang Nr. 6)

Die Interpellantin ist von der Antwort **nicht befriedigt**.

**Gonzalez Glenda, Groupe socialiste:** Ma satisfaction est toute relative étant donné que les réponses données à mes interrogations sont très approximatives. Je souhaite toutefois faire une remarque sur le fait que le maintien de l'identité du marché aux puces, devenu itinérant, sera garanti par le fait qu'il est organisé et surveillé par une autorité municipale, en l'occurrence l'Inspection de police. Cocasse! À bon entendeur! Ma satisfaction dépendra des échos de l'évaluation en fin de saison et dont j'espère, que le Conseil de Ville obtiendra les résultats.

**170. Überparteiliches Postulat 20160158, Jeremias Ritter, GLP, Reto Gugger, BDP, Peter Bohnenblust, FDP, "Verkehrsampeln in Randstunden ausschalten"**

(Text des überparteilichen Postulats und Antwort des Gemeinderates siehe Anhang Nr. 7)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

**Ritter Jeremias, GLP:** Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung des vorliegenden Postulats. Ich stelle aber fest, dass er die Kernfrage nicht geprüft hat. **Deshalb beantrage ich, das Postulat erheblich zu erklären, aber nicht als erfüllt abzuschreiben.** In seiner Beantwortung geht der Gemeinderat vor allem auf die Bus- und Fussgängerbevorzugung ein, die offenbar auch dann nötig ist, wenn kaum mehr motorisierter Individualverkehr unterwegs ist: Er spricht von kurzen - statt gar keinen - Wartezeiten. Ausserdem erwähnt er die Sicherheit, aufgrund derer die Ampeln offenbar auch in der Nacht in Betrieb sein müssen. Dazu frage ich mich, ob es tatsächlich sicherer ist, wenn die Ampeln bei wenig Verkehrsaufkommen einfach bei Rot überfahren werden... Kürzlich fielen die Ampeln am Kreuzplatz aufgrund eines Defektes aus. Es zeigte sich, dass der Verkehr ohne Ampeln meistens flüssiger war als mit. Eine solche Überprüfung hätte ich mir für das ganze Stadtgebiet gewünscht. Ich bitte den Gemeinderat, auch bei den anderen städtischen Ampeln zu prüfen, ob diese nicht ausgeschaltet werden könnten.

**Schwicker Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt:** In Biel gibt es 36 Lichtsignalanlagen. Wahrscheinlich hätten Sie mehr geschätzt... 11 dieser Lichtsignalanlagen gehören dem Kanton, dem Bundesamt für Strassen (ASTRA) oder der Aare Seeland Mobil AG (ASM). Auf Anfrage teilte der Kanton meiner Direktion mit, er schalte seine Ampeln im ganzen Kanton nie aus. Das Anliegen des Postulats, die Situation mit dem Kanton zu besprechen, ist also erfüllt. Dieser wird nichts ändern. 25 Lichtsignalanlagen gehören der Stadt. Davon werden 15 (Kategorie 2)

bereits heute in den Randzeiten ausgeschaltet. Bei den verbleibenden 10 Lichtsignalanlagen (Kategorie 1) ist der Gemeinderat vor allem aus Sicherheitsgründen der Meinung, sie sollten im bisherigen Betrieb weiterlaufen. Der Gemeinderat ist der Ansicht, er habe die im Postulat aufgeworfenen Fragen geprüft. Er hat nicht im Sinn, mittels umfangreicher Studien herauszufinden, ob von den verbleibenden 10 Lichtsignalanlagen noch eine weitere nachts ausgeschaltet werden kann. Der Gemeinderat setzt seine Prioritäten derzeit anders und priorisiert beispielsweise die verkehrlich flankierenden Massnahmen zum A5-Ostast, die Verkehrszählungen oder die Umsetzung von überwiesenen Vorstössen. Wenn der Stadtrat das Postulat nicht abschreiben will, könnte der Gemeinderat die verbleibenden 10 Lichtsignalanlagen in den nächsten Jahren gelegentlich überprüfen, trotzdem empfehle ich, den Vorstoss abzuschreiben.

**Gugger Reto, BDP:** Offenbar sollen die Betriebszeiten der 15 Ampeln der Kategorie 2 ausgedehnt statt gekürzt werden. Das ist genau das Gegenteil von dem, was das Postulat fordert. Das verstehe ich nun wirklich nicht!

**Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt:** Ich verstehe die Antwort des Gemeinderates nicht so, dass die Betriebszeiten ausgedehnt werden sollen. Mir ist nicht klar, worauf Sie sich beziehen, Herr Gugger.

**Gugger Reto, BDP:** In der Beantwortung steht, der Betrieb der Ampeln der Kategorie 2 sei an Werktagen bisher den Ladenöffnungszeiten angepasst. Neu sollen sie nun an Werktagen von 06.00 - 21.30 Uhr laufen.

**Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt:** Das stimmt. Zudem sollen sie samstags von 08.00 - 20.00 Uhr in Betrieb sein und sonntags von 10.00 - 20.00 Uhr. Dies wurde unterdessen so umgesetzt.

## **Abstimmung**

- über den Antrag von Herrn Ritter, das Postulat erheblich zu erklären, aber nicht abzuschreiben

**Der Antrag wird angenommen.**

## **171. Interpellation 20160154, Werner Hadorn, SP, "FC Biel"**

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderates siehe Anhang Nr. 8)

Der Interpellant ist von der Antwort **befriedigt**.

**Hadorn Werner, Stadtratpräsident:** Was mit dem FC Biel passiert ist, ist nicht erfreulich. Die Beantwortung meiner Interpellation ist aber erfreulich gut und ich bin von ihr befriedigt. Hiermit schliesse ich die Sitzung und wünsche allen eine gute Heimkehr.

**Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 23:10 Uhr / heures**

---

**Der Stadtratspräsident / Le président du Conseil de ville:**

Hadorn Werner

**Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:**

Klemmer Regula

**Protokoll:**

Meister Katrin

Bouhraoua Samia

**Procès-verbal:**

Kirchhof Claire-Lise

Pinto Bernardino Floriane